

2. Innerstaatliche Konflikte

In den folgenden Kapiteln gilt es, die theoretische Grundlage für das Modell *Entgrenzte Konflikte in der Weltgesellschaft* zu entwickeln. In einem ersten Schritt wird der Zusammenhang zwischen der Herausbildung des Nationalstaates als zentraler Ordnungseinheit der Welt und innerstaatlichen Konflikten hergestellt (Kap. 2.1.1). Als Grundvoraussetzung für die Entstehung von Konflikten wird die Herausbildung von Konfliktparteien angesehen (Kap. 2.1.2), die das Konfliktthema kommunizieren (Kap. 2.1.3). Anschließend wird der aktuelle Stand der Forschung zu innerstaatlichen Konflikten beschrieben (Kap. 2.2), bevor dann die Ansätze vorgestellt werden, die sich mit der globalen Dimension innerstaatlicher Konfliktsituationen auseinandersetzen (Kap. 2.3). Es wird erwartet, dass vor allem aus den Feldern der Transnationalismus-, Internationalen Normen- und der IO-Forschung Erkenntnisse für die Konzeption des Modells abgeleitet werden können. Gleichwohl wird die Darstellung aber auch drei zentrale blinde Flecken der Konfliktforschung identifizieren, die bislang eine konsequente Auseinandersetzung mit entgrenzten Konflikten und Strukturbildungsprozessen zwischen IOs und Konfliktparteien konterkariert haben (Kap. 2.4). Das Kapitel schließt mit der Beobachtung, dass es für die Analyse entgrenzter Konflikte eines neuen theoretischen Ansatzes bedarf.

2.1 Begriffsklärung

2.1.1 Nationalstaaten als soziale Ordnungseinheiten

Die Aufteilung der Welt in Nationalstaaten stellt eine Entwicklung dar, deren Wurzeln bis in die europäische Neuzeit zurückreichen. Die flächendeckende Durchsetzung der Selbstorganisation in Form von Nationalstaaten ist u. a. auf den

Zusammenbruch der Großreiche zu Beginn des 20. Jahrhunderts und den Zusammenschluss von Kleinststaaten zurückzuführen.²³ Im Gegensatz zu historischen „Reichen“, die aufgrund ihrer Expansionskraft keine selbstdefinierten, nationalen Grenzen aufwiesen²⁴, stellen territoriale Grenzen ein klares Charakteristikum von Nationalstaaten dar, die – bis auf wenige Ausnahmen – zur Aufteilung der Welt in verschiedene Hoheitsgebiete beigetragen haben.

Heutzutage existieren mindestens 193 Nationalstaaten, die sich formal gleichen.²⁵ Sie haben einen Namen, rechnen Personen absolut einem nationalstaatlichen System zu und entwickeln eine eigene Kultur.²⁶ Die konstituierenden Elemente eines Staates sind nach Georg Jellinek das Staatsgebiet, das Staatsvolk sowie die Staatsgewalt.²⁷ Das Souveränitätsprinzip ist eine entscheidende Eigenschaft der Staatsgewalt, da es das staatliche Herrschafts- und Gewaltmonopol legitimiert und den formalen Anspruch auf Unabhängigkeit im staatlichen Handeln postuliert.²⁸ Die Regierung trifft allgemein bindende Entscheidungen für die Bevölkerung, wobei die territorialen Grenzen des Staates die Reichweite des staatlichen Gewaltmonopols festlegen. Nationale Grenzen sind somit als politische Grenzen aufzufassen, die den Einfluss kollektiv bindender Entscheidungen einhegen.²⁹

Die Nation verweist nicht mehr ausschließlich auf die Herkunft von Personen, sondern auf einen Zusammenschluss, den es herzustellen, zu organisieren und zu erhalten gilt, weshalb Benedict Anderson in Bezug auf die Nation auch von einer „imagined community“ spricht.³⁰ Diese „vorgestellten Gemeinschaften“ halten Identifikationsmöglichkeiten und damit Erwartungssicherheit für die Bürger bereit. Die Gleichheitsnorm unter den Bürgern wird in modernen Nationalstaaten durch den staatsbürgerschaftlichen Status institutionalisiert, indem eine formale

²³ Darüber hinaus dienten innerstaatliche Revolutionen zur Staatsgründung, wie in Frankreich und England; oder vormalig getrennte Bevölkerungsteile schlossen sich als Staaten zusammen, wie in Deutschland und Italien, vgl. Luhmann (1997a), S. 808.

²⁴ Vgl. Luhmann (2002), S. 415; Stichweh (2000), S. 53.

²⁵ Die Angabe bezieht sich auf die Zahl der UN-Mitgliedstaaten im Jahre 2015.

²⁶ Vgl. Stichweh (2000), S. 57.

²⁷ Vgl. Jellinek (1929), S. 394–434.

²⁸ Es kann grundsätzlich zwischen innerer und äußerer Souveränität unterschieden werden. Das Souveränitätsprinzip, das in völkerrechtlichen Verträgen fest verankert ist, dient bis heute den Regierungen eines Staates dazu, ihr Handeln auf dem eigenen Territorium zu legitimieren und gegenüber dem Eingriff von außen zu schützen.

²⁹ Vgl. Messmer (2007), S. 117.

³⁰ Für Anderson (2005) entspricht die Nation einer Vorstellung, da die Mitglieder nur die wenigsten der anderen kennen und kaum direkte Kontakte untereinander bestehen, vgl. Anderson (2005), S. 15. Und auch Luhmann (2002) stellt heraus, dass die Nation einen Zusammenschluss bezeichnet, der erst noch herzustellen und zu erhalten ist – und zwar mit politischen (staatlichen) Mitteln, vgl. Luhmann (2002), S. 210.

Zugehörigkeit geschaffen wird, die sich in gegenseitigen Verpflichtungen und Rechten manifestiert und eine nationale Identität befördern soll.³¹ Die identitäre Abgrenzung erfolgt dabei in der Regel gegenüber anderen Staaten und Gesellschaften.³² Der Aufbau einer Nation geht demnach mit dem Aufbau einer sozialen Identität einher, die sich aus der positiven Unterscheidung der Ingroup von einer Outgroup ergibt.³³ Während dieser Identitätsaufbau innerhalb der Nation grundsätzlich ein einheitsstiftendes Wir-Gefühl in Abgrenzung zu anderen Nationen hervorrufen kann, weisen die Grenzziehungen eines Staates auch Spannungslinien auf, die zur Entstehung eines Konfliktes im Inneren des Staates führen können.³⁴

Innerstaatliche Konflikte, definiert als „a contested incompatibility that concerns government and/or territory where the use of armed force between two parties, of which at least one is the government of a state, results in at least 25 battle-related deaths in one calendar year“³⁵, sind die dominierende Konfliktform der heutigen Zeit. So gab es Anfang der 1960er und 1990er Jahre jeweils einen sprunghaften Anstieg innerstaatlicher Konflikte. Dies ist einerseits auf Unabhängigkeitskämpfe im Zuge des Dekolonialisierungsprozesses auf dem afrikanischen und asiatischen Kontinent zurückzuführen und andererseits durch die Auflösung der Sowjetunion und Jugoslawiens zu erklären.³⁶ Insgesamt ist ein Rückgang an internationalen Konflikten und die Zunahme internationalisierter innerstaatlicher Konflikte festzustellen.³⁷

Insgesamt können 64 % aller innerstaatlichen Konflikte seit 1946 als ethnische Konflikte eingeordnet werden.³⁸ In ethnischen Konflikten untergliedern sich die

³¹ Vgl. Sørensen (2001), S. 138. Nationen weisen paradoxe Züge auf: Einerseits wird ein hohes Maß an Solidarität unter den Bürgern kreiert und der Staatsaufbau ermöglicht; in diesem Sinne wird die Nation als umfassende kulturelle Einheit verstanden, vgl. Wimmer (2002), S. 53. Andererseits kann sich die Nation auch auf Grundlage nationalistischer Tendenzen entwickeln, die die eigene ethnische Gemeinschaft über die anderer Ethnien setzt und sich an einem übersteigerten Verlangen nach Einheit des Volkes und des Territoriums äußert und zu Unterdrückung, Extremismus und Instabilität beiträgt, vgl. Smith (1996), S. 445.

³² Vgl. Schmitt (1963), S. 26ff.; Stichweh (2000), S. 52.

³³ Vgl. Zick (2008), S. 410.

³⁴ Vgl. Holz (2000), S. 6.

³⁵ UCDP Definitionen. UCDP/PRIO kategorisieren Konflikte mit mehr als 25 und weniger als 1000 battle-related deaths als „minor armed conflict“ und solche mit mehr als 1000 Todesopfern durch direkte Kampfhandlungen als Krieg. In diesem Sinne lehnt sich das UCDP/PRIO an die Definition des COW-Datasets an, das bewaffnete Auseinandersetzungen ab 1000 Todesopfern als Bürgerkriege definiert, vgl. COW; Sarkees und Wayman (2010).

³⁶ Die meisten der nach 1945 ausgetragenen innerstaatlichen Konflikte ereigneten sich in Afrika und Asien.

³⁷ Vgl. Pettersson und Wallenstein (2015).

³⁸ Vgl. Denny und Walter (2014), S. 199 nach dem UCDP Armed Conflict Dataset. In dieser Arbeit wird aus analytischen Gründen an der Einordnung als ethnische oder ethnopolitische Konflikte festge-

kämpfenden Gruppen entweder einzig entlang ethnischer Kriterien oder eine Fraktion des Konfliktes definiert sich als separate ethnische Gruppe.³⁹ Auch wenn die Hochphase ethnischer Gewalt Mitte der 1990er Jahre überschritten wurde, hat eine Vielzahl der in den letzten Jahren gewaltsam ausgetragenen Konflikte einen ethnischen Hintergrund. Dies gilt u. a. für den Irak, Israel, Tschetschenien, die Philippinen, die Türkei, Spanien, Thailand, das Kosovo.⁴⁰

Die zahlenmäßige Dominanz innerstaatlicher Konflikte sowie deren negative Effekte, sowohl für von Kampfhandlungen direkt betroffene Personen als auch für staatliche Strukturen, unterstreichen die hohe gesellschaftliche Relevanz und demonstrieren die Notwendigkeit, die Forschung über diese Konflikte und bislang unbeachteten Phänomene voranzutreiben. Ethnische Konflikte stehen im Fokus dieser Arbeit.

2.1.2 Konfliktparteien

Für die Organisation eines Konfliktes sind abgrenzbare Konfliktparteien unerlässlich. Innerstaatliche Konflikte ereignen sich zwischen dem Staat (Konfliktpartei I) und mindestens einer nichtstaatlichen Konfliktpartei (Konfliktpartei II). In solchen Konflikten weist die Regierung eines Staates diverse Vorteile in *materieller* und *organisatorischer Hinsicht* im Vergleich zur nichtstaatlichen Gruppe auf. Der Regierung untersteht auf *materieller* Seite in den meisten Staaten ein voll ausgestattetes Militär, diverse Waffen und Ressourcen, um eine Rebellion zu unterdrücken oder zu zerschlagen. Qua ihrer Rolle als Regierung hat die staatliche Konfliktpartei das Gewaltmonopol inne (Souveränität) und verfügt mittels des Inlands- und Auslandsgeheimdienstes über einen gewissen Informationsvorteil, der durch ihre Deutungshoheit innerhalb des Staates strategisch genutzt werden kann. Die stärkere Position gegenüber der nichtstaatlichen Gruppe resultiert ferner aus der zahlenmäßigen Überlegenheit von Truppen und Polizei. Der *organisatorische* Vorteil besteht darin, dass der staatlichen Seite ein Staatsapparat untersteht. Durch dieses Gewaltmonopol verfügt sie über öffentlichkeitswirksame Kommunikationskanäle (Zeitungen, eigene TV-Sender etc.) und kann so ggf. die öffentliche Wahrneh-

halten, da die politische Exklusion als notwendige Voraussetzung für die Ausweitung der Kommunikation auf das globale Politiksystem angenommen wird. Es wird dadurch jedoch nicht ausgeschlossen, dass neben der politischen Exklusion ethnischer Gruppen auch weitere Gründe in der Sachdimension des Konfliktes eine Rolle spielen.

³⁹ Vgl. Walter (2004), S. 376.

⁴⁰ Ethnische Konflikte treten nicht nur in schwachen oder sogenannten *failed states* auf, sondern auch in hoch entwickelten Staaten, vgl. Mishali-Ram (2006), S. 583.

mung des Konfliktes beeinflussen. Ein Ungleichgewicht an zur Verfügung stehenden Mitteln erklärt die Zuschreibung als asymmetrischen Konflikt.⁴¹ Da die Regierung als Konfliktpartei bereits auf gegebene Strukturen zurückgreifen kann und diese nicht erst aufbauen muss, wird in der nachfolgenden Analyse zur Entgrenzung von Konflikten die nichtstaatliche Gruppe im Fokus stehen, die sich zunächst einmal als Konfliktpartei konstituieren muss.

Für eine „erfolgreiche“ Mobilisierung einer nichtstaatlichen Konfliktpartei bedarf es sowohl der Motivation als auch der Kapazität, eine Gruppe organisatorisch zu bilden.⁴² Die nichtstaatliche Seite muss sich zunächst formieren, um das Konfliktthema an die Regierung zu kommunizieren und einen Konflikt mit gesellschaftlicher Relevanz generieren zu können. Mobilisierung stellt in diesem Fall einen Prozess dar, der materielle und ideelle Ressourcen (Geld, Waffen, Loyalität und Solidarität) für ein bestimmtes gemeinsames Ziel aktiviert. Gruppenmotivationen allein sind nicht hinreichend, um politische Mobilisierung und gewalttätiges Handeln einer Gruppe hervorzurufen. Eine gewisse Organisationsstruktur einer nichtstaatlichen Gruppe muss gegeben sein, um Erwartungen „organisieren“ und kommunizieren zu können.⁴³ Die Organisationsfähigkeit einer nichtstaatlichen Konfliktpartei wird durch die Konzentration auf einem Gebiet eher gewährleistet, da so ein gemeinsames Vorgehen und der Kampf organisiert werden können.⁴⁴ Je hierarchischer eine Gruppe strukturiert ist, umso größer ist die Organisationsmöglichkeit und Folgebereitschaft der Gruppe.⁴⁵ Darüber hinaus ist die Abgrenzbarkeit entscheidend für die Wahrnehmung einer Gruppe und der dadurch zugeschriebenen Handlungsfähigkeit von außen. In ethnischen Konflikten, in denen etwa die Regierungskontrolle oder die Herrschaft über ein Territorium im Vordergrund steht, mobilisiert die nichtstaatliche Konfliktpartei entlang ethnischer Identifikationsmerkmale.

Konfliktparteien lassen sich dann voneinander unterscheiden, wenn sie adressiert werden können – das heißt in der Regel, dass sie einen eigenen Namen herausbilden (oder ihnen ein Name zugeschrieben wird) und ihnen die Ablehnung der Position oder Haltung einer anderen Gruppe klar zugeschrieben werden kann.

⁴¹ Vgl. Münkler (2004), S. 235.

⁴² Vgl. Cederman et al. (2010), S. 11; Gurr (2000), S. 70; Tilly und Tarrow (2007), S. 90.

⁴³ Vgl. Cohen (1996), S. 377.

⁴⁴ Vgl. Schneckener (2002), S. 52. Im Zuge der weltweiten kommunikativen Vernetzungsmöglichkeiten ist die räumliche Anwesenheit zwar nicht mehr so entscheidend, aber wenn eine Rebellion organisiert und durchgeführt werden soll, sind face-to-face-Beziehungen von Vorteil, um den Zusammenhalt in der Gruppe zu fördern.

⁴⁵ Vgl. Gurr (1993a), S. 128. Gleichzeitig gibt es mit al-Qaida aber auch einen Fall in jüngerer Zeit, der eine netzwerkartige Struktur mit einzelnen Zellen aufweist und gerade dadurch einer vollständigen Zerschlagung entgegenwirkt.

2.1.3 Konfliktkommunikation

Mit Konfliktkommunikationen sind alle Kommunikationen der beiden Konfliktparteien gemeint. Diese umfassen neben den Ursachen des Konfliktes (Sachdimension) auch die Inkompatibilitäten zwischen den Konfliktparteien (Sozialdimension) und bringen eine dyadische Struktur zwischen den Konfliktparteien hervor. Kommunikationen müssen einer Adresse zugeordnet werden können, um anschlussfähig zu sein. Der staatlichen Seite sind Kommunikationen eindeutig zuzuordnen, während sich die nichtstaatliche Gruppe erst organisieren und sich einen Zugang zur Öffentlichkeit verschaffen muss, um bezeichnet werden und Ziele vermitteln zu können. Die Kommunikation über den Konflikt und seine Gewaltdimension trägt dazu bei, dass das Konfliktthema in der öffentlichen Wahrnehmung und bei der Gegenseite des Konfliktes anschlussfähig bleibt; und nicht in sich zusammenfällt. Heinz Messmer (2003) hält fest, dass es für Konflikte typisch ist, dass sich diese erst mit der dritten Kommunikationseinheit konstituieren. Erst wenn eine Forderung von Konfliktpartei I durch eine andere Konfliktpartei II abgelehnt wird, aber von der Konfliktpartei I dennoch daran festgehalten wird, dann ist ein Konflikt beobachtbar und die typisch dyadische Struktur bildet sich heraus. Für die Entstehung und Organisation eines Konfliktes ist die Herausbildung und Benennung von Konfliktparteien also entscheidend.

Die Berücksichtigung des Konfliktthemas (aber nicht notwendigerweise dessen Anerkennung) durch die Regierung eines Staates hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, wie etwa von der Größe und Stärke der nichtstaatlichen Konfliktpartei, der medialen Aufmerksamkeit, der Betroffenheit der Gesamtbevölkerung. Die Staatsform und das Regierungssystem eines Staates legen den Umgang mit einer den Staat herausfordernden Gruppe fest. In der Literatur wird konstatiert, dass demokratische Systeme einem Konfliktausbruch eher vorbeugen, da Konfliktaustragsmechanismen in Demokratien institutionalisiert sind.⁴⁶ Vergleichende Studien haben gezeigt, dass in Semidemokratien gewaltförmige Konflikte signifikant häufiger auftreten als in Autokratien und Demokratien.⁴⁷ Gewalttätige Konflikte können aber in jedem politischen System unabhängig von der inneren Ausgestaltung auftreten, gesellschaftliche Relevanz erlangen und alle anderen gesellschaftlichen Bereiche dominieren.

⁴⁶ Vgl. Harff und Gurr (2004), S. 104f, aber auch Horowitz (1994), S. 21f.

⁴⁷ In Autokratien werden Rebellionen meist erfolgreich unterdrückt, während in Demokratien innergesellschaftliche Dispute über legale Kanäle ausgetragen werden, vgl. Henderson und Singer (2000), S. 279.

2.2 Innerstaatliche Konflikte in der Konfliktforschung

In dieser Arbeit stehen innerstaatliche Konflikte im Vordergrund, die prinzipiell Anschlussfähigkeit auf globaler Ebene herstellen können. Während dies im Grunde alle Konflikte können (von ökonomischen über religiöse hin zu ethnischen Konflikten), wird der Fokus auf jene Konflikte gelegt, die an globalen Normen angeschlossen werden können. Es wird angenommen, dass die Exklusion eines Teils der Bevölkerung aus zentralen gesellschaftlichen Bereichen auf der globalen Ebene eher anschlussfähig ist, da die Exklusion auf Grundlage von Ethnizität eine Menschenrechtsverletzung darstellt. In sogenannten ethnopolitischen Konflikten ist die politische Exklusion der Minderheit eine wesentliche Konfliktursache. Vertreter des sogenannten Grievances-Modells gehen von sozialen, politischen und ökonomischen Disparitäten zwischen verschiedenen Gruppen eines Staates als Ursache für die Entstehung bewaffneter Konflikte aus.⁴⁸ Dieser Ansatz identifiziert in den Ungleichheitsstrukturen und in deren sozialer Wahrnehmung die entscheidende Konfliktursache.

Dass Ungleichheiten für die Entstehung von Konflikten eine große Bedeutung haben, zeigen Ted Robert Gurr und Anne Pitsch, die auf Grundlage des *Minorities at Risk*-Projektes (MAR) und der darin gewonnenen Daten feststellen, dass mehr als die Hälfte der ethnischen Gruppen, die zwischen 1990 und 1998 untersucht wurden und die gewaltsam gegen den Staat rebelliert haben, einer aktiven politischen Diskriminierung ausgesetzt waren.⁴⁹ Das *Ethnic Power Relations*-Projekt (EPR) kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, dass exkludierte Gruppen häufiger eine Rebellion in ihrem Namen durchführen als andere Gruppen.⁵⁰ Exklusionen bergen demnach ein hohes Radikalisierungspotential und in der neueren wissenschaftlichen Literatur wird der Exklusion aus sozialen Systemen für die Entstehung von Konflikten eine wichtige Rolle beigemessen.⁵¹ Aber auch hier gilt, dass die Exklusion einer Gruppe noch nicht zwingend einen Konflikt hervorruft: „Konfliktträchtig sind Exklusionen erst dann, wenn sie als eine illegitime Ausübung von Macht durch eine andere Gruppe oder durch Institutionen interpretiert werden.“⁵²

⁴⁸ Vgl. Gurr (1993a), S. 126ff.; Ohlson (2008); Wimmer et al. (2009); Bonacker (2005), S. 44; aber auch Stewart (2008), S. 8ff. und Smith (1996), S. 446f.

⁴⁹ Vgl. Gurr und Pitsch (2002), S. 299. Dem MAR-Ansatz wird jedoch ein Selektionsbias vorgeworfen, da das Datenset ausschließlich solche Minderheiten berücksichtigt, die bereits „at risk“ sind. Hierauf wurde im Jahr 2014 mit dem neuen AMAR-Datenset reagiert, das alle „sozial relevanten“ Minderheitengruppen berücksichtigt, vgl. Birnir et al. (2015).

⁵⁰ Vgl. Cederman et al. (2010); Wimmer et al. (2009), S. 19. Auch das EPR-Datenset weist eine Verzerrung auf, da nur politisch relevante Gruppen berücksichtigt werden.

⁵¹ Vgl. Wimmer (2002), S. 102; Hafez (2003), S. 204.

⁵² Bonacker (2005), S. 50. Vgl. hierzu auch Gurr (2000).

Dies verweist auf den relationalen Charakter von Exklusionen und deren Wahrnehmung durch die exkludierte Gruppe. Hierbei ist zunächst irrelevant, ob es sich um eine objektiv gegebene Exklusion handelt oder die Gruppe diese lediglich so wahrnimmt.⁵³

Ethnische Konflikte sind Konflikte, bei denen die Ethnizität als Mobilisierungs- und Identifikationsfaktor der Gruppe an Bedeutung gewinnt. Je nach Theorietradition wird Ethnizität als Konfliktursache aber unterschiedliche Erklärungskraft zugeschrieben. Es lassen sich primordiale, moderne bzw. instrumentelle und konstruktivistische Ansätze unterscheiden.⁵⁴

Vertreter des primordialen Ansatzes gehen davon aus, dass die ethnische Identität einer Gruppe naturgegeben und statisch ist. Ethnische Kategorien werden in diesem Ansatz immer als sozial relevant und deterministisch festgeschrieben angesehen.⁵⁵ Konflikte zwischen zwei ethnischen Gruppen werden aufgrund der nicht wandelbaren und essentialistischen ethnischen Identität als unvermeidbar angesehen.⁵⁶ Aufgrund dieser deterministischen Herangehensweise können primordiale Ansätze keine Varianz in der Gewaltbereitschaft von Ethnien über Raum und Zeit erklären, da nach der Logik des Ansatzes die Antagonismen zwischen Ethnien fortwährend bestehen.⁵⁷ Dieser Ansatz wird aufgrund der offenkundigen Schwächen in der wissenschaftlichen Analyse von ethnischen Konflikten meist nur zur Abgrenzung genutzt.⁵⁸

Der instrumentelle Ansatz geht davon aus, dass ethnische Identitäten eine Möglichkeit zur Mobilisierung ethnischer Gruppen darstellen und daher zur Stärkung politischer Allianzen und Realisierung ökonomischer Interessen dienen können.⁵⁹ Aus moderner bzw. instrumenteller Perspektive lässt sich die Varianz in der Politisierung von Ethnizität durch strategisches und instrumentelles Verhalten der Akteure erklären. Die Mobilisierung auf Grundlage der ethnischen Identität führt zu einer stärkeren Polarisierung zwischen verschiedenen ethnischen Identitäten. Dieser Aspekt verweist zugleich auf die zugrundeliegende Annahme, dass rationale Entscheidungen die Basis für die Entstehung von Konflikten bilden. Dieser Ansatz geht im Gegensatz zu primordialen Ansätzen davon aus, dass Ethnizität nur *eine* mögliche Grundlage von Konflikten ist und ethnische Identität erst dann

⁵³ Vgl. zur objektiven bzw. subjektiven Wahrnehmung von Gewalt Gurr (1993b), S. 163; Gurr (1993a).

⁵⁴ Vgl. Gurr und Pitsch (2002), S. 290; Wieland (2000), S. 26–34. Für einen Überblick der Ansätze und mögliche Parallelen siehe Fearon und Laitin (2000).

⁵⁵ Vgl. Wieland (2000), S. 31.

⁵⁶ Vgl. Fearon und Laitin (2000), S. 849.

⁵⁷ Vgl. Fearon (2008), S. 857.

⁵⁸ Es gibt eine Weiterentwicklung des primordialen Ansatzes, vgl. Wieland (2000), S. 32ff.

⁵⁹ Vgl. Gurr (1993a), S. 124; Smith (1996), S. 446f. Rational Choice-Ansätze helfen dabei, strategisches und instrumentelles Verhalten von Akteuren zu erklären (vgl. Kirchgässner (2013), S. 27–64), allerdings vernachlässigen sie emotionale Faktoren, vgl. Petersen (2002), S. 33.

an Bedeutung gewinnt, wenn diese von Anführern instrumentalisiert wird, um Gruppen-Grenzen zu stärken, eine breite Gefolgschaft zu organisieren oder Diskriminierungen zu überwinden.⁶⁰

Während der primordiale Ansatz in der Konfliktforschung mittlerweile nur noch am Rande bzw. in abgeänderter Form weiterverfolgt wird, hat sich der Rational Choice-Ansatz, der im weitesten Sinne in der Tradition der „instrumentellen“ Ansätze steht, etabliert. Er geht vom Menschenbild des *homo oeconomicus* aus⁶¹ und ist als Handlungs- oder Entscheidungstheorie zu verstehen, die als Mikrofundierung dient, um Makrophänomene erklären zu können (vgl. Coleman'sche Badewanne).⁶² Die rational handelnden Individuen zeichnen sich zum einen durch die Orientierung an einem Ziel und zum anderen durch eine klare Präferenzordnung aus. Die Präferenzordnungen entstehen durch Kosten-Nutzen-Kalküle und die Abwägung des erwartbaren Nutzens (expected utility function) und bestimmen gleichzeitig das Gruppenverhalten von ethnischen Minderheiten. So wird in dieser Theorietradition davon ausgegangen, dass vom Menschenbild des Individuums Gruppen- oder auch Staatsverhalten abgeleitet werden kann.

Die Ansätze des Konstruktivismus gehen von anderen theoretischen und methodischen Annahmen aus. In konstruktivistischer Manier und Tradition werden ethnische Identitäten als wandlungsfähige soziale Konstrukte verstanden.⁶³ Soziale Tatsachen (Normen, Identitäten, gemeinsame Interessen) stellen theoriegemäß Effekte sozialer Prozesse dar. Konflikte sind soziale Konstruktionen wie auch ihre Elemente: (kommunikative, diskursive) Konfliktgegenstände, -geschichten, -akteure und -ursachen. Im Kontrast zu Theorien, die vornehmlich von statischen Unterschieden zwischen ethnischen Gruppen ausgehen, erlaubt eine konstruktivistische Perspektive, die Dynamik ethnischer Identitätsgrenzen zu beobachten, da davon ausgegangen wird, dass sich das Zugehörigkeitsgefühl einer Person zu einer ethnischen Identität wandeln kann, indem es zugunsten einer anderen in den Hintergrund tritt oder durch eine andere Zuschreibung überlagert wird.⁶⁴ Anhand der Analyse von Kommunikationen einer ethnischen Gruppe zeigt sich, ob die Ethnizität dazu dient, die Gruppenidentität zu festigen und gegenüber einer anderen Gruppe eine antagonistische Identität aufzubauen (Freund/Feind-Schema). So wird auch in konstruktivistischen Ansätzen die Möglichkeit gesehen, dass Eliten oder Individuen als entscheidende Agenten der Konstruktion von Identität auftreten und auf dieser Grundlage die Massen mobilisieren. Es wird aber eben nicht

⁶⁰ Vgl. Gurr und Pitsch (2002), S. 290.

⁶¹ Der Ansatz hat jedoch aufgrund der ontologischen Annahme die Schwäche, dass er nicht erklären kann, warum sich Personen schwachen Gruppen mit geringer Erfolgsaussicht anschließen.

⁶² Siehe zu Ansätzen der erklärenden Soziologie Diekmann (2002), S. 119ff.

⁶³ Vgl. Gurr und Pitsch (2002), S. 290.

⁶⁴ Vgl. Olzak (2006), S. 50.

prinzipiell eine handlungsleitende Rationalität unterstellt, sondern andere Faktoren und (scheinbar) irrationale Verhaltensweisen können ebenfalls berücksichtigt werden. Die gewalttätige Eskalation eines Konfliktes kann einen identitätsbildenden Effekt ausüben und dabei helfen, die Gruppenidentitäten in starrer Weise festzuschreiben.⁶⁵ Eine konstruktivistische Herangehensweise gewährleistet, dass Konflikte weder als inhärent angesehen werden, wie in primordialen Ansätzen, noch alleinig auf strategische Interessen der beteiligten Akteure zurückgeführt werden. Sie vermeidet die starre Zuschreibung einer bestimmten Ontologie, ermöglicht, gleichzeitig sowohl rationale als auch normengeleitete Aspekte und Verhaltensweisen in die Analyse miteinzubeziehen und kann so der Komplexität und Heterogenität moderner Konflikte gerecht werden.

Die vorgestellten theoretischen Ansätze offenbaren unterschiedliche Entstehungserklärungen für Konflikte, wobei die meisten Ansätze innerstaatliche Faktoren benennen. Dies liegt maßgeblich darin begründet, dass die klassische Leitunterscheidung in der Forschung zwischen innerstaatlichen und internationalen Konflikten verläuft. In der jüngeren Konfliktforschung wird darüber hinaus zwischen extrasystemischen Konflikten und internationalisierten innerstaatlichen Konflikten unterschieden.⁶⁶ Die erste Kategorie umfasst Konflikte, in denen ein Staat gegen eine nichtstaatliche Konfliktpartei außerhalb des eigenen Territoriums kämpft, während in internationalisierten innerstaatlichen Konflikten dritte Staaten aufseiten der staatlichen oder der nichtstaatlichen Konfliktpartei (oder auf beiden Seiten) in den Konflikt eintreten.⁶⁷ Entlang dieser Einteilung werden die angenommene Reichweite der beteiligten Akteure und die Handlungsspielräume von Konflikten festgelegt.⁶⁸

Zwar wird in den vorgestellten Ansätzen nicht das Ziel verfolgt, die Entgrenzung von Konflikten zu erklären; gleichzeitig wird durch die Einteilung von Konflikttypen und die jeweils eingenommene Perspektive der Zusammenhang von Veränderungen auf der globalen bzw. internationalen Ebene und innerstaatlichen Konflikten ausgeblendet. Globale Kommunikationskanäle, die Herausbildung des weltpolitischen Systems, die Entstehung eines globalen Rechtssystems sowie die Vernetzungsmöglichkeiten für Konfliktparteien auf transnationaler Ebene und viele weitere Entwicklungen beeinflussen heutige Konflikte und sollten daher

⁶⁵ In den Sozialwissenschaften werden vor allem vier Varianten des Konstruktivismus unterschieden: der Konstruktivismus aus den Theorien der Internationalen Beziehungen, der Sozialkonstruktivismus (symbolischer Interaktionismus), der operative Konstruktivismus (Systemtheorie) und die Diskurstheorie, in denen Soziales (Normen, Identitäten, gemeinsame Interessen) als Effekt sozialer Prozesse und somit als konstruiert begriffen wird.

⁶⁶ Vgl. UCDP Definitionen.

⁶⁷ Vgl. ebd.

⁶⁸ Vgl. zu dieser Kritik der Konzeption von Konflikten als ausschließlich innerstaatliches Phänomen auch Gleditsch (2007), S. 294 oder Olzak (2011), S. 4.

auch in der Forschung systematischer berücksichtigt werden. Um die globale Dimension von innerstaatlichen Konflikten zu analysieren, gilt es über den nationalstaatlichen Rahmen hinauszuschauen, um sowohl mikro-soziale als auch makropolitische Zusammenhänge erfassen zu können. Erst in der neueren Forschung sind Ansätze zu identifizieren, die sich konsequent mit Globalisierungsprozessen und innerstaatlichen Konflikten auseinandersetzen und daher einen wichtigen Referenzrahmen für diese Arbeit darstellen.⁶⁹

2.3 Die globale Dimension innerstaatlicher Konflikte

Globalisierung ist ein historischer Prozess, dessen aktuelle Ausprägung als einzigartig hinsichtlich der Quantität und Qualität der gegenwärtigen Integration und Interaktion auf globaler Ebene verstanden werden muss.⁷⁰ Ganz grundsätzlich wird unter Globalisierung die Ausweitung und Entgrenzung von Kommunikations-, Handels- und Transportwegen über nationalstaatlich verfasste Territorien hinaus verstanden.⁷¹ Diese Prozesse werden maßgeblich durch die kommunikationstechnische Revolution sowie gesunkene Transportkosten beschleunigt⁷² und führen zu Phänomenen wie einer verstärkten kommunikativen Erreichbarkeit, einem gesteigerten Informationszugang durch neue Medien sowie der Möglichkeit, binnen kürzester Zeit von einem Punkt der Erde zu einem anderen zu gelangen. Beruhte die kommunikative Anschlussfähigkeit zunächst noch auf der physischen Präsenz, sind durch den Buchdruck, die Telekommunikation aber vor allem durch das Internet Kommunikationsformen entstanden, die eine physische Anwesenheit für die Anschlussfähigkeit von Kommunikation obsolet werden lassen.⁷³ Aufgrund dieser Entwicklungen wird oft von einer „Vernetzung der Welt“⁷⁴ gesprochen, die nationalstaatliche Grenzen transzendiert.

Durch diese Vernetzung werden viele Ereignisse zu weltgesellschaftlichen Ereignissen: So ist die Übertragung der Fußball-Weltmeisterschaft ein weltkulturelles Ereignis, das für über 900 Millionen Menschen gemeinsame Erfahrungen erzeugt; und gleichzeitig ist auch die Berichterstattung vom Krieg mittlerweile Teil von Nachrichtensendungen des gesamten Globus, sodass sich eine Form der Welt-

⁶⁹ Vgl. u. a. Olzak (2011); Schneider et al. (2003a); Barbieri und Reuveny (2005); Kahler und Walter (2006); Salehyan (2006).

⁷⁰ Für eine Diskussion globalisierungstheoretischer Ansätze vgl. Held et al. (1999), S. 1–28.

⁷¹ Für einen Überblick über Ansätze der Globalisierung siehe Rehbein und Schwengel (2012); oder Held und McGrew (2007).

⁷² Vgl. hierzu Globalisierungsdefinitionen von Scholte (2005), S. 59; Held et al. (1999), S. 16.

⁷³ Vgl. Hepp (2005), S. 4; Schmidt und Cohen (2013), S. 14.

⁷⁴ Vgl. hierzu Schmidt und Cohen (2013).

öffentlichkeit herausbildet. Durch den gemeinsamen Bezug auf bestimmte Welt-ereignisse und darüber hervorgerufene globale Betroffenheit (im positiven wie im negativen Sinne) wird Weltöffentlichkeit hergestellt bzw. aktualisiert und neue Strukturen zwischen verschiedenen Regionen des Erdballs entstehen.⁷⁵ Somit bezeichnet Globalisierung solche Prozesse des sozialen Wandels, die sich zunehmend unabhängig von nationalstaatlichen Grenzen vollziehen und zu neuen Strukturbildungsprozessen beitragen. In dieser Hinsicht lassen sich zwar regionale Unterschiede mit einer klaren Dominanz in der OSZE-Welt feststellen, aber keine Region der Welt ist von diesen Prozessen vollständig ausgeschlossen.

Die Vernetzung aller Lebensbereiche lässt sich ebenso am sozialen Phänomen innerstaatlicher Konflikte zeigen: Zu nennen sind beispielhaft die Verbreitung globaler Normen und Werte, die den Schutz von Individuen und ethnischen Minderheitenrechten fordern und fördern, der durch moderne Kommunikationsmedien ermöglichte identitäre Zusammenhalt zwischen einer Heimatethnie und ihrer tausende Kilometer entfernt lebenden Diaspora⁷⁶, oder die Finanzierungsmöglichkeiten von innerstaatlichen Konflikten durch ökonomische Globalisierungsprozesse.⁷⁷ Diese Entwicklungen machen eine konsequente Auseinandersetzung der Konfliktforschung mit Globalisierungsprozessen empirisch notwendig.⁷⁸

Ein entgrenzter Konflikt meint grundsätzlich, dass sich der Konflikt nicht ausnahmslos im Inneren eines Staates ereignet, sondern dieser die territorialen Grenzen eines Nationalstaates überwindet. Während in der Konfliktforschung vorran-

⁷⁵ Vgl. Albert und Steinmetz (2007).

⁷⁶ Das griechische Wort „Diaspora“ meint die Zerstreuung oder Verbreitung einer Gemeinschaft von ursprünglich einem Zentrum zu mindestens zwei Orten, vgl. Mayer (2005), S. 13.

⁷⁷ Vgl. zur Diskussion über die Ambivalenz ökonomischer Globalisierungsprozesse (marxistische Theorien, die in der kapitalistisch organisierten Ökonomie Entstehungsbedingungen für Konflikte sehen vs. liberale Ansätze, die in der ökonomischen Freiheit Gründe für Frieden sehen) Schneider (2014), S. 175. Die globalen Finanzierungsmöglichkeiten für nichtstaatliche Gruppen durch organisierte Kriminalität, Schmuggel oder Handel mit illegalen Substanzen stehen hier im Mittelpunkt. Für einen Überblick über den Zusammenhang zwischen dem Ressourcenreichtum einiger Staaten und der Dauer von Konflikten vgl. Ross (2006); Rittberger et al. (2010), S. 187. Ressourcen können die Dauer von Konflikten verlängern, da die Kampfkraft verstärkt wird und sich regelrechte Kriegsökonomien herausbilden, indem durch den Zugang etwa zu Diamanten, Ölfeldern oder Tropenhölzern Finanzierungsquellen für die Bürgerkriege entstehen. Die Demokratische Republik Kongo steht in dieser Hinsicht repräsentativ für die Schwierigkeit, Konflikte zu beenden, die auf solch einer stabilen Finanzierungsgrundlage aufbauen. Die Bemühungen der UN, globale Kriegsökonomien in Afrika zu zerstören, zeigen sich an dem 1998 durchgesetzten Verbot, das der angolanischen Rebellenbewegung UNITA erstmals die Ausfuhr von sogenannten Blutdiamanten untersagte (Diamanten, die zur Finanzierung von Bürgerkriegen genutzt werden). In der Folge wurde der „Kimberly-Prozess“ unter Diamanten produzierenden Ländern des südlichen Afrikas initiiert, der über staatliche Zertifikate den Handel mit Blutdiamanten verhindern sollte.

⁷⁸ Vgl. zu dieser „Forderung“ auch Olzak (2011).

gig die militärische Entgrenzung Berücksichtigung gefunden hat (Stichwort: Internationalisierung des Konfliktes), gilt es in dieser Arbeit verschiedene Entgrenzungsdimensionen von Konflikten in den Fokus der Analyse zu stellen. In dieser Hinsicht wurde in der Einleitung bereits die Rolle von IOs hervorgehoben, die als Teile des globalen Politiksystems zu politischen Adressaten avanciert sind, die neben den einzelnen Regierungen kollektiv bindende Entscheidungen treffen können. Sie sind Verbreiter und Durchsetzer globaler Normen und haben zu einer stärkeren Ausdifferenzierung des politischen Systems entlang globaler Normen beigetragen. In der vorliegenden Arbeit steht der Zusammenhang zwischen der Herausbildung globaler Normen, IOs als Adressaten im globalen Politiksystem und innerstaatlichen Konfliktparteien im Vordergrund. Konkret bedeutet dies, dass die kommunikative Entgrenzung innerstaatlicher Konflikte gegenüber Zentren des weltpolitischen Systems in den Fokus der Analyse gerückt wird. Dadurch wird es möglich, IOs als Teil von Konflikten zu konzipieren.

Die im Folgenden angeführten Forschungsstränge geben Einblicke über den für diese Arbeit relevanten Forschungsstand und offenbaren Anknüpfungspunkte für das hier zu entwickelnde theoretische Modell. So bietet *erstens* die Transnationalismusforschung wichtige Erkenntnisse über Austauschprozesse auf substaatlicher Ebene. Nichtstaatliche Gruppen vernetzen sich untereinander und tauschen Informationen aus. Zudem betreiben sie politische Lobbyarbeit gegenüber anderen Gesellschaften, was als wichtige Grundlage für die Übertragung auf IOs herangezogen werden kann. Ein wichtiger Forschungsbereich für diese Arbeit ist *zweitens* die internationale Normenforschung. Diese bietet wichtige Erkenntnisse über (fehlende) Sozialisationsprozesse durch die Verbreitung globaler Normen (Menschenrechte, Antiterrornorm, R2P etc.). In diesem Zusammenhang stehen vor allem IOs als Verbreiter und Durchsetzer von Normen im Fokus, sodass diesen ein zentraler Stellenwert als Adressaten für Normverletzungen eingeräumt wird. Zur Spezifikation des Zusammenhangs zwischen Konfliktsituationen und IOs wird *drittens* der Forschungsstand zur Rolle von IOs in Konfliktsituationen ausgeführt. Hierbei sind vor allem Mediations- und Interventionsansätze zu nennen, die einen Ansatzpunkt bereithalten, IOs als Teile des Konfliktes zu verstehen.

Die Darstellung der drei Forschungsstränge wird wichtige Anknüpfungspunkte, aber auch Grenzen der Ansätze aufzeigen, die eine neue theoretische Perspektive für die Analyse entgrenzter Konflikte notwendig machen.

2.3.1 Transnationalismusforschung

Die theoretische Einteilung von Konflikten (innerstaatliche, internationalisierte etc.) zeigt, dass in der Konfliktforschung implizit von der Übereinstimmung zwischen Staat und Gesellschaft ausgegangen wird. Diese Grundannahme hat Auswirkungen für die Perspektive auf Konflikte. Wenn in der Forschung zu ethnischen Konfliktsituationen vornehmlich weitere Staaten als Rückzugsraum oder Unterstützer innerhalb eines Konfliktes berücksichtigt werden oder das veränderte Sicherheitsumfeld von Staaten durch die Mobilisierung von Minderheitengruppen oder Terrorismus analysiert wird, dann bleibt die Analyse in einer auf Staaten fokussierten Perspektive gefangen. Dies beschreibt den in den Sozialwissenschaften und auch der Konfliktforschung über lange Zeit dominierenden „methodologischen Nationalismus“. Der methodologische Nationalismus basiert auf der Annahme (und reproduziert diese auch fortlaufend), dass „the nation/state/society is the natural social and political form of the modern world“⁷⁹. Diese in den Sozialwissenschaften weit verbreitete Perspektive erfasst die staatlich begrenzte Nationalgesellschaft als zentrale Analyse- und Bezugseinheit, ohne die implizite Gleichsetzung zu hinterfragen oder Strukturbildungsprozesse jenseits des Staates mitzuberücksichtigen.

Die Transnationalismusforschung hat den Vorwurf der Staatszentriertheit aufgegriffen und gesellschaftliche Vernetzungsprozesse unterhalb der staatlichen Ebene untersucht.⁸⁰ Transnationalisierung meint zunächst die Ausweitung sozialer Beziehungen auf der Ebene nichtstaatlicher Akteure und nimmt damit in Konfliktkontexten nichtstaatliche Konfliktparteien und deren grenzüberschreitende Verbindungen in den Blick. Dabei wird angenommen, dass Globalisierungsprozesse Anreize und Möglichkeiten für politische Akteure schaffen, sich transnational zu organisieren – so z. B. die Mobilität von Personen, Gütern, Kapital, die zu stärkerer Vernetzung zwischen Diaspora und Heimatethnie führt.⁸¹ Durch solche transnationalen Verbindungen können beispielsweise Mittel für den Kampf generiert und so die Asymmetrie zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Konfliktparteien ausbalanciert werden.⁸²

Die Studien haben gezeigt, dass sich viele ethnische Minderheitengruppen in bewaffneten Konflikten u. a. durch Spenden, die auf freiwilliger oder erzwungener

⁷⁹ Wimmer und Glick-Schiller (2002), S. 302. Wimmer/Glick-Schiller bieten in ihrem Aufsatz einen guten Überblick über verschiedene Formen des methodologischen Nationalismus.

⁸⁰ Vgl. Pries (2013), S. 881.

⁸¹ Vgl. für einen Überblick Checkel (2013); Adamson (2005).

⁸² Vgl. Gurses (2014); Walter (2009), S. 248.

Basis von der ökonomisch meist bessergestellten Diaspora akquiriert werden, finanzieren.⁸³ Die heutigen Transport- sowie Kommunikationsmöglichkeiten und -kosten haben die Verbindung zwischen Heimatethnie und Diaspora auch über eine lange Distanz möglich gemacht und stabilisiert⁸⁴, sodass das Konfliktthema auch in der Diaspora reproduziert und anschlussfähig wird. Die Ziele von Minderheitengruppen werden durch die Diaspora über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus verbreitet und Unterstützung in Form von Personen und Ressourcen für den Kampf im Heimatland mobilisiert und rekrutiert.⁸⁵ Enge soziale Netzwerke zwischen Gruppen des Heimat- und Residenzlandes erleichtern in dieser Hinsicht die politische Mobilisierung.⁸⁶ Andreas Hepp stellt fest, dass über Kommunikationsmedien, aber etwa auch durch das Satellitenfernsehen, stabile Beziehungen zwischen den in Diaspora lebenden Gemeinschaften und Heimatethnie durch gemeinsame „Erfahrungen“ aufrechterhalten werden und eine gemeinsame Identität über nationalstaatliche Grenzen hinweg Bestand behält, die Einfluss auf Konflikte haben kann.⁸⁷ Insgesamt wird der Einfluss von Diasporagruppen auf Konflikte in der gegenwärtigen Forschung ambivalent bewertet, wenngleich ihrer konfliktfördernden Wirkung mehr Bedeutung zugeschrieben wird.⁸⁸

Neben diesen direkten Effekten auf die asymmetrische finanzielle und materielle Ausstattung beeinflussen auch Austausch- und Vergleichsprozesse zwischen verschiedenen Minderheitengruppen und/oder der Diaspora innerstaatliche Konfliktsituationen. Über die transnationalen Verbindungen können Informationen über politische Rechte in westlichen Staaten, über die legitime Erwartung der Einhaltung der Menschenrechte und über mögliche rechtliche Schritte im globalen Rechtssystem (z. B. Klagemöglichkeiten bei internationalen Strafgerichtshöfen) verbreitet werden, sodass Vergleichsmöglichkeiten für die eigene Situation entstehen, die eine unzulässige Exklusion der eigenen Gruppe unter Umständen erst deutlich machen. Schließlich wurde bereits darauf hingewiesen, dass Exklusionen erst dann konfliktträchtig wirken, wenn sie auf der Gruppenebene als illegitime Machtausübung wahrgenommen werden. Dieser globale Vergleich kann einerseits

⁸³ Vgl. Wolff (2006), S. 92; Adamson (2005), S. 35; Gurr (1993a); Gleditsch (2007).

⁸⁴ Vgl. Kaldor (2012), S. 8.

⁸⁵ Vgl. Barbieri und Reuveny (2005), S. 1233.

⁸⁶ Vgl. Kaldor (2012), S. 8. Vgl. zur Unterscheidung transnationaler Räume Faist (2000), S. 195.

⁸⁷ Vgl. Hepp (2005), S. 10. Es gilt ausdrücklich zu betonen, dass nicht *die eine*, homogene Diaspora existiert.

⁸⁸ Vgl. Wolff (2006), S. 115f. Collier und Hoeffler (2004) halten in diesem Zusammenhang fest, dass die finanzielle Unterstützung der Diaspora die Dauer eines Bürgerkrieges verlängert bzw. die Wahrscheinlichkeit seiner Rückkehr erhöht, aber nicht dessen Ausbruchswahrscheinlichkeit, vgl. Collier und Hoeffler (2004), S. 575. Es gibt aber auch mehrere Forschungsansätze, die die friedensfördernde Rolle der Diaspora in den Vordergrund stellen, vgl. für einen Überblick Pirkkalainen und Abdile (2009).

die Bildung einer nichtstaatlichen Konfliktpartei bedingen und andererseits zur transnationalen Mobilisierung der Diaspora führen. In diesem Sinne ist etwa zu beobachten, dass die Regierungen in den (westlich geprägten) Residenzländern der Diaspora um Einflussnahme auf die Konfliktsituationen gebeten werden, indem an ihre demokratischen und liberalen Grundwerte appelliert wird.⁸⁹ Die transnationalen Verbindungen zwischen Diaspora und Heimatethnie können Konflikte also in vielfältiger Hinsicht beeinflussen und werden daher bei der Analyse der Entgrenzung innerstaatlicher Konflikte eine prominente Rolle einnehmen.

„Public Diplomacy“ ist ein auf das Verhalten von Staaten ausgerichtetes Konzept, das die „Soft Power“ von Staaten beschreibt, die auf Öffentlichkeits- und Überzeugungsarbeit gegenüber einer Bevölkerung in einem anderen Land ausgerichtet ist. Ein Großteil der Studien in dieser Forschungstradition ist historisch angelegt und untersucht die Erfahrung der USA mit „Public Diplomacy“ zu Zeiten des Kalten Krieges. Eine Übertragung des Konzeptes auf NGOs, zivilgesellschaftliche Akteure und nichtstaatliche Konfliktparteien befindet sich noch in den Anfängen und bietet vielversprechende Anknüpfungspunkte für die Untersuchung der Adressierung von IOs durch die (nichtstaatlichen) Konfliktparteien (Lobbying). Der Forschungsstrang ist relativ klein, basiert auf der generellen Transnationalismusforschung und stellt die Öffentlichkeitsarbeit von nichtstaatlichen Gruppen in das Zentrum der Analyse. Eytan Gilboa (2008) hat ein „Nonstate Transitional Model“ entwickelt, das die Wechselwirkung zwischen nichtstaatlichen Gruppen und den Adressaten der Öffentlichkeitsarbeit reflektiert. Als Beispiel zieht sie die prodemokratische Bewegung in China heran, die globale Kommunikationskanäle nutzt, um im Westen Unterstützung für ihre Ziele zu mobilisieren.⁹⁰ Lina Khatib untersucht in ihrer Studie verschiedene Strategien politischer Marketingprozesse der libanesischen Hisbollah gegenüber anderen Gruppen und Staaten und identifiziert diese als Mittel, das politische Überleben der Gruppe nach außen zu sichern und die Identifikation mit der „Marke“ Hisbollah im Inneren zu stärken.⁹¹ Ansätze in dieser Tradition greifen die Rolle von nichtstaatlichen Akteuren in Kommunikationsprozessen differenziert auf und bilden daher die Grundlage für die Erforschung des Zusammenhangs zwischen nichtstaatlichen Konfliktparteien

⁸⁹ Vgl. Koinova (2010), S. 7. Koinova (2010) hält jedoch fest, dass dieser Appell nicht zu einer Demokratisierung der Forderungen der Diaspora führen, da meist ethno-nationalistische Positionen vertreten werden, sodass der Anschluss an Demokratie und liberale Werte nur vordergründig sei. Dies macht Koinova sowohl an der albanischen Diaspora und deren Forderungen für das Kosovo fest als auch an der armenischen Diaspora, die eine Annäherung zwischen Armenien und der Türkei verhindert hat, vgl. S. 14f.

⁹⁰ Vgl. Gilboa (2008), S. 60.

⁹¹ Die libanesische Hisbollah dient Khatib als Paradebeispiel für einen Trend, der sich unter nichtstaatlichen Akteuren durchsetzt und dazu führt, dass diese differenzierte Kommunikationsstrategien entwickeln, vgl. Khatib (2012), S. 8.

und weiteren Zentren des weltpolitischen Systems.⁹² Während in diesem Forschungsstrang vor allem die Kommunikation zwischen nichtstaatlichen Gruppen und der Bevölkerung im Vordergrund steht, gilt es an dieser Stelle noch einen Schritt weiterzugehen und nicht nur den Aufbau von Rückhalt in der Bevölkerung zu analysieren, sondern innerhalb der internationalen Gemeinschaft.

Diese Forschungsrichtung hat darüber hinaus wichtige Erkenntnisse über Nachahmungsprozesse und die gegenseitige Beeinflussung zwischen verschiedenen nichtstaatlichen Gruppen hervorgebracht. So stellt Timothy Crawford fest, dass Abspaltungstendenzen einer Gruppe in einem Land Abspaltungstendenzen in anderen Ländern befördern können.⁹³ Dies verweist auf die transnationalen Bindungen zwischen unterschiedlichen nichtstaatlichen Gruppen und die daraus möglicherweise resultierenden Dominoeffekte von politischen Forderungen oder Umsturzversuchen, die in der Forschung bisher wenig Berücksichtigung gefunden haben. „Vorbildfunktionen“ einzelner Gruppen untereinander oder interne Isomorphieprozesse⁹⁴ sind aber seit Längerem über direkte oder indirekte Austauschprozesse zwischen einzelnen Gruppen zu beobachten.⁹⁵ Auch in Konflikten tauschen sich Gruppen über erfolgreiche (Kampf-)Strategien, Transformationsprozesse und globale Unterstützungsformen, aber auch über die Öffentlichkeitsarbeit (Pressemitteilungen, Homepages etc.) aus und bringen transnationale Strukturen hervor, die den Konflikt beeinflussen. Globalisierungsprozesse eröffnen also Anreize für politische Gruppen, sich über die staatlichen Grenzen hinaus zu organisieren.⁹⁶ Diese transnationale Dimension zwischen verschiedenen Minderheitengruppen wird bislang nur am Rande untersucht, verspricht jedoch wichtige Erkenntnisse darüber hervorzubringen, warum nichtstaatliche Konfliktparteien ähnliche Strategien anwenden.

Kritisiert werden die bestehenden Transnationalismus-Ansätze darin, dass auch in diesen der Staat sehr zentral gesetzt ist – und zwar nicht nur als wichtige Ordnungseinheit, die er selbstverständlich ist, sondern auch methodologisch. Das führt dazu, dass in einer Vielzahl von Ansätzen zwar die transnationalen Dimensionen von Konflikten in den Vordergrund gerückt, diese dann aber oftmals wieder auf den Staat bezogen werden. Sowohl Kritiker als auch Befürworter betonen, dass eine vollständige Überwindung der Zentralität des Staates in der wissenschaftlichen Analyse der Transnationalismusforschung nicht stattfindet.⁹⁷ Zudem nehmen

⁹² Vgl. Khatib (2012); La Porte (2012). La Porte (2012) prägt den Begriff des „intermestic“, der solche Akteure beschreibt, die „domestic“ Interessen haben und diese „international“ projizieren, vgl. La Porte (2012), S. 444.

⁹³ Vgl. Crawford (2005), S. 177

⁹⁴ Vgl. hierzu Meyer und Krücken (2005).

⁹⁵ Vgl. hierzu Della Porta und Tarrow (2005), S. 1–17.

⁹⁶ Vgl. Adamson (2005).

⁹⁷ Vgl. hierzu Pries (2013), S. 882.

die Forschungsansätze in diesem Feld meist starre Analyseebenen ein, sodass eine konsequente Auseinandersetzung mit Strukturen zwischen nichtstaatlichen und internationalen oder supranationalen Organisationen kaum möglich ist: Staaten werden in Bezug auf andere Staaten analysiert, während nichtstaatliche Akteure mit anderen nichtstaatlichen Akteuren verglichen und analysiert werden. Dennoch ist der „Entstaatlichung“ von Konflikten und der Öffnung gegenüber nichtstaatlichen Gruppen durch diesen Forschungsstrang Rechnung getragen worden und er hat wichtige Referenzliteratur hervorgebracht, auf die in dieser Arbeit zurückgegriffen wird.

2.3.2 Internationale Normenforschung

Der zweite wichtige Forschungsstrang ist die internationale Normenforschung, die mit dem Ende des Kalten Krieges und der verstärkten Etablierung globaler Normen in den 1990er Jahren an Bedeutung gewann. Unter dem Oberbegriff der kulturellen Globalisierung lässt sich die globale Verbreitung von Ideen, Werten und Normen fassen. In der Forschung wird zwischen Ansätzen unterschieden, die kulturelle Globalisierung als Homogenisierung⁹⁸, als Wachstum von Konfliktpotentialen⁹⁹ und als Glokalisierung¹⁰⁰ verstehen.¹⁰¹ Die internationale Normenforschung entwickelte ein alternatives Verständnis zu den dominierenden machtpolitischen Ansätzen und macht es sich zur Aufgabe, Normen als relevante Größe in den Internationalen Beziehungen zu identifizieren und ihre Wirkungsweise zu spezifizieren.¹⁰² Die Verbreitung der Menschenrechte spielt in dieser Hinsicht eine bedeutende Rolle.

Menschenrechte haben sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in internationalen Verträgen, Institutionen, Organisationen und Gerichtshöfen sukzessive materialisiert und sind so zu einem globalen Referenzpunkt für unterdrückte Gruppen geworden.¹⁰³ Auf globaler Ebene ist ein enges normatives Netz entstanden, das die zwischenstaatlichen Beziehungen verregelt und verrechtlicht sowie den Umgang mit Individuen der staatlichen Willkür entzogen hat.¹⁰⁴ In dieser Hinsicht sind neben einer Vielzahl von nichtstaatlichen Menschenrechtsorganisatio-

⁹⁸ Vgl. Ritzer (2006), der den Begriff der McDonaldisierung prägte.

⁹⁹ Vgl. Barber (2001); Huntington (1998).

¹⁰⁰ Vgl. Robertson (1998).

¹⁰¹ Diese Einordnung basiert auf Zoll (2007), S. 56–65. Vgl. zur These des Kampfs der Kulturen auch Huntington (1998).

¹⁰² Vgl. Finnemore und Sikkink (1998); Keck und Sikkink (1999); Risse und Sikkink (1999).

¹⁰³ Vgl. Simmons (2009).

¹⁰⁴ Vgl. Rosert (2012), S. 599.

nen vor allem nationalstaatliche Grenzen überschreitende Organisationen auf regionaler Ebene zu nennen, die maßgeblich zur Verbreitung und Durchsetzung beigetragen haben: Anders als auf globaler Ebene wurden auf regionaler Ebene Verträge zu Menschenrechten durch starke Durchsetzungsinstitutionen ergänzt, wie beispielsweise in Europa oder Lateinamerika. Hier fallen der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) und der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte auf Grundlage der jeweiligen Verträge Entscheidungen, die für die Mitgliedstaaten bindend sind.¹⁰⁵

Auf diese empirische Entwicklung hat die Forschung Ende der 1990er und Anfang der 2000er reagiert, indem die Zusammenhänge von Menschenrechten und Staatsverhalten in den Fokus gerückt wurden.¹⁰⁶ Seitdem stehen die sozialisierende Wirkung von Menschenrechten auf Staaten¹⁰⁷, die Einhaltung oder Verletzung von Menschenrechten durch Konfliktparteien¹⁰⁸ oder die Mobilisierungsmöglichkeit auf Grundlage von Menschenrechtsverletzungen im Vordergrund. Viele Studien haben eine Diskrepanz zwischen der Ratifikation und der Durchsetzung von Menschenrechten festgestellt. Während das für (Neo-)Realisten keine große Überraschung darstellt¹⁰⁹, da diese annehmen, dass Verträge und Abkommen von Staaten aufgrund eigener Interessen unterzeichnet werden, haben andere Ansätze, wie die Regimetheorie, festgestellt, dass nichtsdestotrotz ein langsamer Sozialisationsprozess erkennbar ist und die fortschreitende Konstitutionalisierung des Völkerrechts den Stellenwert der Menschenrechte sukzessive erhöht.¹¹⁰

In der Erklärung des Wandels hin zu normkonformem Verhalten haben konstruktivistische Ansätze den Vorteil, dass sie Normen und Präferenzwandel größere Bedeutung zuschreiben und so eine Verhaltensänderung von Staaten erklären

¹⁰⁵ In diesem Zusammenhang sind des Weiteren die EU und der EuGH zu nennen, die zu einer Manifestierung und Durchsetzung der Menschenrechte beigetragen haben. In Amerika finden sich die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und die American Declaration and Inter-American Convention on Human Rights sowie der Inter-American Court of Human Rights. Diese institutionellen Arrangements sind im Vergleich zu Europa weniger ausgestaltet. In der Afrikanischen Union existiert die African Charter of Human and Peoples' Rights, die von einer Menschenrechtskommission und einem Menschenrechtsgerichtshof, der in seinen Anfängen steht, begleitet wird. Darüber hinaus sind die Arabische Liga, die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC), ASEAN und andere Organisationen zu nennen, die sich mit Menschenrechtsfragen auseinandersetzen, vgl. Forsythe (2009), S. xix.

¹⁰⁶ Vgl. Risse-Kappen et al. (1999); Hafner-Burton und Tsutsui (2005); Hafner-Burton und Tsutsui (2007); Finnemore und Sikkink (1998).

¹⁰⁷ Vgl. Liese (2006).

¹⁰⁸ Vgl. zur Diskussion und dem Verhältnis zwischen Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht Watkin (2004). Zur „Privatisierung“ von Menschenrechten, also der Forderung nach Einhaltung von Menschenrechten durch nichtstaatliche Akteure, vgl. Clapham (2006).

¹⁰⁹ Vgl. zur Diskussion Neumayer (2005), S. 926.

¹¹⁰ Vgl. Meyer und Krücken (2005); aber auch Simmons (2009), S. 5f. Vgl. zur Diskussion der unterschiedlichen Theoriestränge und ihrer Erwartungen gegenüber der Einhaltung von Menschenrechten Neumayer (2005).

können. Liberale Theorieansätze arbeiten heraus, dass Staaten, die trotz hoher Kosten Menschenrechtsnormen übernehmen und durchsetzen, sich meist mit nationalen Gruppen, Parteien, NGOs, Bürgerbewegungen etc. konfrontiert sehen, die auf ihre Regierungen Einfluss ausüben und so zur Einhaltung der Menschenrechtsverträge beitragen. Die Einhaltung von Menschenrechtsnormen ist besonders hoch, wenn transnationale Netzwerke stark und verbreitet sind.¹¹¹ Das Argument hinter diesem Ansatz ist, dass Netzwerke dazu beitragen, Menschenrechtsverletzungen aufzudecken, zu benennen und den entsprechenden Staat des Verstoßes zu bezichtigen. Es wird angenommen, dass durch Druck von „oben“ und „unten“ der Staat (wieder) zur Einhaltung der Menschenrechtsnormen gebracht werden kann.¹¹² Eric Neumayer hat festgestellt, dass die Partizipation der jeweiligen Bevölkerung in internationalen NGOs die Wahrscheinlichkeit der Einhaltung der Menschenrechte nach der Ratifikation entsprechender Verträge erhöht.¹¹³ Die Einbindung des Staates in den weltpolitischen Zusammenhang ist demnach entscheidend für die Wirkungsmacht internationaler Normen.

Vor allem die Neo-Institutionalisten um die World Polity-Forschungsgruppe von John W. Meyer haben demonstriert, dass die weltweite Verbreitung von Menschenrechtsnormen zur Herausbildung rationalisierter Akteure, wie IOs und NGOs, führt, die die Einhaltung der Normen international überwachen und so dazu beitragen, dass sich ähnliche Institutionen weltweit durchsetzen.¹¹⁴ Zu keiner Zeit gab es weltweit mehr Informationen über die Verbreitung und Verletzung von Menschenrechten als heutzutage, was maßgeblich auf die Arbeit von IOs, NGOs, Wissenschaftlern und Journalisten zurückzuführen ist.¹¹⁵ Im Zusammenhang mit Informationsstrategien von großen INGOs, wie etwa Amnesty International oder Human Rights Watch, wurde festgestellt, dass diese bei vielen Bevölkerungsgruppen erst zu einem Bewusstsein über Menschenrechtsverletzungen beigetragen haben.¹¹⁶ Gleichzeitig überwachen diese Organisationen die Einhaltung von Menschenrechten weltweit und verbreiten gegebenenfalls Informationen über norm-

¹¹¹ Vgl. Keck und Sikkink (1998).

¹¹² Das „Spiralmodell des Menschenrechtswandels“ ist ebenfalls diesem Forschungszweig zuzuordnen. Es beschreibt den Weg von der Anerkennung von Normen hin zu deren effektiver Durchsetzung innerhalb eines Staates, vgl. Risse und Sikkink (1999), S. 17ff.

¹¹³ Vgl. Neumayer 2005, S. 950. Da aber wenig bis keine internationalen Kontrollmöglichkeiten bestehen, kann die Ratifizierung von Menschenrechtsabkommen auch dazu führen, dass in deren „Schutz“ Menschenrechtsverletzungen sogar zunehmen, vgl. Hathaway (2002).

¹¹⁴ Vgl. Meyer (2005), S. 108.

¹¹⁵ Vgl. Simmons (2009), S. 9.

¹¹⁶ Gleichzeitig ist deutlich geworden, dass nicht alle Menschen die gleiche Wahrnehmung von einer Menschenrechtslage haben. Es besteht also ebenso wie bei der Wahrnehmung von Grievances auch keine objektiv übereinstimmende Wahrnehmung von Menschenrechten, vgl. Hafner-Burton (2014), S. 281.

verletzende Staaten oder Gruppen (*Naming & Shaming*). Diese Informationspolitik der breiten Öffentlichkeit gegenüber ist stark von Medien abhängig. Oft genug ist zu beobachten, dass ein gewisses Desinteresse an bestimmten Konflikten besteht, weil sie entweder keinen neuen Informationswert haben bzw. sich in abgelegenen Regionen ereignen, oder weil die Region wirtschaftlich und kulturell nicht bedeutend ist. Konflikte entfalten also nicht automatisch weltgesellschaftliche Relevanz.¹¹⁷

Die Annahme der vorliegenden Arbeit besteht darin, dass die Verbreitung von Menschenrechten innerstaatliche Konfliktsituationen beeinflusst, da diese zu einem globalen normativen Bezugspunkt für die internationale Politik und nicht-staatliche Akteure geworden sind. Margaret Keck und Kathryn Sikkink stellen mit ihrem Ansatz des „boomerang pattern“ fest, dass nichtstaatliche Gruppen bzw. NGOs ihre eigenen Anliegen in globale Diskurse – wie beispielsweise Menschenrechte – einbetten, um das Verhalten ihrer Regierung im Heimatland durch die internationale Unterstützung zu verändern. Dies passiert vor allem im Kontext von Menschenrechtskampagnen.¹¹⁸ Maria Koinova hat in ihrem Aufsatz diesen Zusammenhang für Diasporagruppen festgestellt, die an Werte und Normen liberaler Demokratien anschließen, um auf Konflikte in ihren Heimatländern aufmerksam zu machen.¹¹⁹

Wie bereits dargelegt wurde, bedeutet die weltweite Verbreitung der Menschenrechte allerdings nicht unweigerlich auch eine friedlichere Welt. Susan Olzak verweist in ihrem Artikel im Einklang mit dem World Polity-Ansatz darauf, dass die Verbreitung und Durchsetzung von Menschenrechten dazu beiträgt, dass ethnische Exklusion als ungerecht und illegitim wahrgenommen wird: „Accordingly, increasing acceptance of global cultural values supporting human rights has the unintended consequence of mobilizing deadly ethnic conflict.“¹²⁰ Und auch Beth A. Simmons führt an, dass die Mobilisierung von Menschen auf Grundlage von Menschenrechtsverletzungen erhöht werden kann, sofern das Recht im Völkerrecht festgeschrieben ist und der Staat weder eine Demokratie noch Autokratie ist.¹²¹ Somit ist neben dem Schutzelement der Menschenrechte für unterdrückte Gruppen gleichzeitig ein Mobilisierungselement in diesen angelegt, da den Gruppen eine legitime Plattform für ihre Forderungen zur Verfügung gestellt wird.

¹¹⁷ Vgl. für mögliche Gründe Hafner-Burton (2014), S. 281.

¹¹⁸ Vgl. Keck und Sikkink (1999), S. 93.

¹¹⁹ Vgl. Koinova (2010), S. 7.

¹²⁰ Olzak (2011), S. 8. Vgl. zu dieser Annahme auch Wimmer et al. (2009) und Gurr (1993a).

¹²¹ Vgl. Simmons (2009), S. 15. Dies hängt damit zusammen, dass in Demokratien Menschenrechte weitestgehend durchgesetzt sind und Motive für eine Mobilisierung relativ gering sind, während in Autokratien die Hürde zur Mobilisierung relativ hoch ist. In Demokratien liegen grundsätzlich seltener Menschenrechtsverletzungen vor als in solchen Staaten, die sich gerade auf einem Demokratisierungsprozess befinden, vgl. Hafner-Burton (2014), S. 274–276.

Während in der Forschung das Mobilisierungselement von Menschenrechten mittlerweile weitestgehend anerkannt wird, fehlt eine Analyse über die daraus resultierende Anschlussfähigkeit bei IOs. Nichtstaatliche Gruppen können unterschiedliche Inklusions- und Exklusionsrealitäten der Funktionssysteme, wie Politik, Recht oder Wirtschaft, problematisieren und im weltpolitischen System bei entsprechenden Organisationen politisieren.¹²² Dieser Aspekt wird in der gegenwärtigen Forschung zur kulturellen Globalisierung bzw. der Verbreitung von Menschenrechten und innerstaatlichen Konflikten jedoch kaum beachtet. Den Fokus auf die mobilisierende Dimension und Anschluss erzeugende Funktion von globalen Menschenrechtsnormen zu legen, erscheint als eine gewinnbringende Forschungsperspektive. In dieser Arbeit werden Menschenrechte und andere globale Normen als kommunikative Anschlusspunkte bei IOs konzipiert, die die Grundlage für die Herausbildung von Erwartungen der nichtstaatlichen Konfliktpartei gegenüber IOs und damit für die kommunikative Entgrenzung des Konflikts bilden. Auf diese Weise wird die Konfliktdimension der Normverbreitung in den Mittelpunkt gerückt und ein Beitrag zur Normenforschung geleistet.

2.3.3 Internationale Organisationen in innerstaatlichen Konflikten

Im politischen System ist die Handlungsreichweite der Regierungen auf territoriale Grenzen beschränkt. So kann ein einzelner Staat nicht über Staatsgrenzen hinweg unilateral Entscheidungen treffen, die dann weltweit gelten. In Abwesenheit einer zentralen Weltregierung besteht eine segmentäre Differenzierung in Nationalstaaten, die trotz ihrer territorialen Begrenztheit auf sogenannte transsouveräne Probleme¹²³, wie Umweltgefahren, Terrorismus, Menschenrechtsverletzungen, aber eben auch auf innerstaatliche Konflikte, die zu transsouveränen Problemen avancieren (können)¹²⁴, reagieren müssen.

Zu diesem Zweck wurden im letzten Jahrhundert neue Regime und Organisationen gegründet, die eine institutionalisierte Zusammenarbeit angesichts transsouveräner Probleme ermöglichen sollen.¹²⁵ Singer und Wallace haben bereits 1970 festgestellt, dass die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen das außenpolitische Verhalten von Staaten insofern verändere, als dass eine positive Korrelation zwischen dem Ende internationaler Konflikte und der Entstehung

¹²² Vgl. Bonacker (2003), S. 147.

¹²³ Vgl. Cusimano (2000), S. 3.

¹²⁴ Innerstaatliche Konflikte können zu transsouveränen Problemen werden, wenn sie etwa auf andere Staaten übergreifen, Flüchtlingsströme auslösen oder Konfliktparteien angrenzende Staaten als Rückzugsräume nutzen und den Konflikt so internationalisieren.

¹²⁵ Vgl. Barnett und Finnemore (2005), S. 161.

neuer IOs zu beobachten sei.¹²⁶ Neben der Herausbildung von IOs und Regimen – also einer Integration auf staatlicher Ebene – sind auch INGOs und globale Protestgruppen, beispielsweise Attac oder die Occupy-Bewegung, anzuführen, die sich an der Peripherie des weltpolitischen Systems bewegen und Protest formulieren bzw. auf negative Externalitäten der funktionalen Differenzierung aufmerksam machen. Mit der Entgrenzung von Problemlagen geht also auch die stärkere Herausbildung des weltpolitischen Systems in Form von IOs und eine organisierte Entgrenzung der Zivilgesellschaft einher. Gründe für den enormen Zuwachs an Organisationen werden in der verstärkten Demokratisierung von Staaten, in den ausgebauten Kommunikationsmöglichkeiten, durch Globalisierungsprozesse hervorgerufenen Interdependenzen und in einem zunehmend globalen Bewusstsein für Problemlagen gesehen.¹²⁷ Internationale und supranationale Institutionen und Organisationen gewinnen im Rahmen von grenzüberschreitenden Problemen an Bedeutung und spielen auch in Konfliktsituationen eine größere Rolle.¹²⁸ Rittberger et al. definieren internationale Organisationen wie folgt:

„Unter internationalen Organisationen verstehen wir organschaftlich strukturierte, sowohl politikfeldbezogene als auch politikfeldübergreifende zwischenstaatliche Institutionen, die auf international vereinbarten Prinzipien, Normen und Regeln basieren, welche die Verhaltenserwartungen der beteiligten Akteure so angleichen, dass diese Organisationen repräsentiert durch ihre Organe gegenüber ihrer Umwelt selbst als Akteure auftreten können.“¹²⁹

In den Theorien der Internationalen Beziehungen werden IOs entweder als Arenen, Instrumente, Akteure oder als Bürokratien beschrieben. Diese Zuschreibung erhellt zwar das Verhältnis zwischen Mitgliedstaaten und Organisation, verhindert in den meisten Fällen jedoch, die Organisation als eigenständiges Untersuchungsobjekt zu konzipieren.¹³⁰ Aus einer konstruktivistischen Perspektive werden IOs

¹²⁶ Vgl. Wallace und Singer (1970).

¹²⁷ Vgl. Ward (2008), S. 222.

¹²⁸ Vgl. Bonacker und Weller (2006b), S. 12. IOs weisen eine ihnen typische Struktur auf. Im Plenarorgan sind beispielsweise alle Mitglieder durch ihre Vertreter repräsentiert. Über dieses Organ gestalten die Mitglieder maßgeblich die Politik der IO. Internationale Organisationen weisen weiterhin oft parlamentarische Versammlungen auf. Sekretariate oder Büros sind weiterhin zentrale Bestandteile (UN-Sekretariat oder EU-Kommission), deren Mitarbeiter keine Repräsentanten der Mitgliedstaaten sind, sondern weisungsunabhängige Bürokraten. Letztere haben aufgrund ihres Informationsvorsprungs eine starke Thematisierungsmacht und zentrale Stellung im Kommunikationsgefüge der Organisation. Zudem sind noch Repräsentanten spezifischer Themenbereiche zu nennen, die im Namen der Organisation tätig werden und oftmals einer bestimmten Sachfrage besondere Bedeutung zukommen lassen, wie etwa der Hohe Kommissar für Nationale Minderheiten der OSZE, vgl. Brummer (2005), S. 36f.

¹²⁹ Rittberger et al. (2013), S. 21. Der andere Typ internationaler Institutionen sind internationale Regime, die sich jedoch immer auf ein spezifisches Politikfeld beziehen und keine Akteursqualität besitzen. Sie beruhen auf Verhaltensvorgaben, wie sie etwa im Kyoto-Protokoll spezifiziert sind.

¹³⁰ Vgl. zu dieser Kritik Koch (2014), S. 6. Zusammenfassend zu den Theorien über IOs Rittberger et al. (2013).

im Vergleich zum Realismus oder Institutionalismus deutlich höhere Einflussmöglichkeiten auf das Verhalten und die Verhaltenserwartungen von Akteuren des politischen Systems zugeschrieben. Nach diesem Verständnis prägen IOs die normative Struktur des internationalen Systems und sind daher nicht als reine Instrumente oder Arenen für Staaten zu verstehen, sondern können über die in ihnen verankerten normativen Grundsätze auch die Identität und die Interessen von Staaten beeinflussen, sodass sie globale Ordnungsmuster prägen. In diesem Sinne sind IOs gleichzeitig Resultat und Verbreiter liberaler Werte.¹³¹

Die Forschung zur Rolle von IOs in der Konfliktbearbeitung ist breit gefächert. Neben quantitativen Studien, die den generellen Einfluss von IOs auf Konfliktsituationen untersuchen, beleuchten Einzelfallstudien einzelne Organisationen und deren (erfolgreiche) Mediation bestimmter Konflikte. Hierbei werden häufig verschiedene Instrumente, die der Organisation zur Verfügung stehen, analysiert.¹³² IOs wird eine besondere Rolle in der Mediation und Bearbeitung von innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Konflikten zugeschrieben, da sie meist nicht von vornherein einer der beiden Konfliktparteien zugeordnet werden können.¹³³ In der Konfliktforschung werden IOs und NGOs daher oft als externe Akteure konzeptualisiert, die von „außen“ in den Konflikt eingreifen – entweder durch Vermittlung und Anreizsetzung im Mediationsprozess oder durch (die Legitimation von) Waffen und Gewalt in Interventionssituationen – und auf die Beendigung und Transformation von innerstaatlichen Konflikten hinwirken. IOs wird in Mediationsprozessen aufgrund ihrer politischen und wirtschaftlichen Stärke der Vorteil zugesprochen, einerseits Druck auf die Konfliktparteien ausüben und Verhandlungsgrundlagen schaffen zu können; andererseits können sie als Garantieinstanz Vertrauen in die Einhaltung von ausgehandelten Friedensabkommen erzeugen.¹³⁴ Saadia Touval und William Zartman gehen in ihrem Artikel sogar so weit, IOs als „born to mediate“ zu beschreiben, da dies bereits in ihrer Charta festgeschrieben sei.¹³⁵ Die durch IOs gesetzten Anreize können sowohl die wahrgenommenen Kosten des Konfliktes als auch die Vorteile einer friedlichen Beilegung erhöhen. In festgefahrenen Situationen zeigen sie etwa neue Lösungsmöglichkeiten für die

¹³¹ Vgl. zur Verbreitung liberaler Werte durch IOs Barnett und Finnemore (2004), S. 166ff.

¹³² In Bezug auf die EU wird beispielsweise häufig danach unterschieden, ob das Instrument der Europäischen Nachbarschaftspolitik im Vergleich zur Konditionalitätspolitik während des Beitrittsprozesses ebenfalls zu einer Normübernahme im Drittland beiträgt. Beardsley (2008) führt Informationsbereitstellung, *sticks and carrots* und die Möglichkeit der Überwachung eines Friedensabkommens als Rolle von IOs in Konflikten an.

¹³³ Zartman und Touval (1985) begründen die Akzeptanz des Mediators mit dessen Möglichkeit, attraktive Lösungen zu präsentieren. Sie identifizieren drei verschiedene Rollen von Mediatoren (communicator, formulator, manipulator), vgl. S. 38–40

¹³⁴ Vgl. Ward (2008), S. 239; Frazier und Dixon (2006), S. 402; aber auch Brummer (2005), S. 35.

¹³⁵ Vgl. Zartman und Touval (1985), S. 34.

Konfliktparteien auf. Darüber hinaus stehen ihnen bei Nicht-Einhaltung vereinbarter Verhaltensweisen verschiedene Mittel zur Verfügung, die sich von diplomatischen Ermahnungen über Sanktionen bis hin zum militärischen Eingreifen erstrecken können.

Während ein relativ großer Teil der Forschungslandschaft Organisationen eine positive Rolle in Mediationsprozessen zuschreibt, sind auch Stimmen zu vernehmen, die die Bilanz multilateraler Konflikt diplomatie durch internationale Organisationen als wenig eindrucksvoll beschreiben¹³⁶ und aufgrund der entstandenen Konflikte seit Ende des Kalten Krieges gar von einer „Hilflosigkeit internationaler Organisationen“¹³⁷ sprechen.¹³⁸ Auch Kyle Beardsley stellt fest, dass die Forschung zu Mediation sehr ambivalente Ergebnisse hervorgebracht hat, was aber nicht zuletzt mit der jeweils verwendeten Friedensdefinition zusammenhänge.¹³⁹

Die Beschreibung von IOs als neutrale und externe Akteure in der Friedens diplomatie unterschlägt – so die Annahme der Arbeit –, dass IOs einem Gründungsauftrag folgen und daraus ihre Legitimität schöpfen. Aufgrund der von ihnen verfolgten liberalen Normen und Werte positionieren sie sich im weltpolitischen System und ein bestimmtes Verhalten ihrerseits wird erwartbar. So werden IOs kaum für die Einschränkung von Menschenrechten und die Unterstützung von Gräueltaten eintreten, vielmehr ist aufgrund ihrer Gründungscharta davon auszugehen, dass sie sich für Frieden und die Durchsetzung globaler Normen einsetzen.¹⁴⁰ Dadurch werden sie zu Adressaten für Protest von innerstaatlichen Konfliktparteien und sehen sich mit deren Erwartungshaltungen konfrontiert.

Neben der Rolle von IOs in Mediationsprozessen beschäftigt sich ein weiterer Forschungszweig mit dem Instrument der militärischen Intervention in innerstaatliche Konflikte.¹⁴¹ Das Instrument der Intervention wurde auf internationaler Ebene nach der ausgebliebenen Intervention in Ruanda und den verheerenden Konsequenzen gestärkt.¹⁴² Das in diesem Zusammenhang entwickelte Konzept der „Responsibility to Protect“ (R2P) symbolisiert die empirischen Ereignissen

¹³⁶ Vgl. Bertram (1997).

¹³⁷ Meyer (1993), S. 45.

¹³⁸ Für einen Überblick der verschiedenen Perspektiven auf IOs in Konfliktsituationen vgl. Brummer (2005).

¹³⁹ So stellt Beardsley (2008) fest, dass einige Studien die kurzfristigen Effekte von Mediation messen, während andere den Fokus auf die langfristige Stabilität legen, vgl. Beardsley (2008), S. 724.

¹⁴⁰ Dass dieser normativ unterstellte Zusammenhang in der Empirie nicht zwangsläufig Bestand hat, zeigt u. a. Séverine Autesserre (2009) in ihrem Aufsatz zum UN-Einsatz im Kongo.

¹⁴¹ Für eine detaillierte Einführung in die Forschung zu Interventionen in ethnischen Konflikten siehe Nalbandov (2009).

¹⁴² Vgl. Grigoryan (2010), S. 1145.

nachgeordnete Normentwicklung auf globaler Ebene und wird so zu einem globalen Referenzpunkt.¹⁴³

Grundsätzlich geht die Forschung davon aus, dass Interventionen entweder die Aussichten auf Verhandlungen erhöhten oder aber eine der beiden Konfliktparteien so gestärkt werde, dass ein militärischer Sieg den Konflikt beende.¹⁴⁴ Bei Interventionen aufseiten der nichtstaatlichen Gruppe kann Gewalt in der Folge eingedämmt werden, da die Unterdrückung der nichtstaatlichen Seite für die Regierung teurer wird und diese daher eher Verhandlungen zustimmt. Wenn auf Regierungsseite in den Konflikt interveniert wird, dann erhöht sich das Ungleichgewicht und der Konflikt findet ein schnelleres Ende.¹⁴⁵

Um in asymmetrischen Konflikten das Machtungleichgewicht auszugleichen, versucht meist die militärisch schlechter gestellte Partei (also in der Regel die nichtstaatliche Gruppe), externe Unterstützung zu mobilisieren. Die Aussicht auf eine „humanitäre“ Intervention von außen erhöht die Macht der Minderheit, da die Regierung mit einer Intervention rechnen muss. Während Interventionen durchaus eine weitere Radikalisierung verhindern können, können sie auch konfliktfördernde Wirkungen entfalten und müssen nach übereinstimmenden Forschungsergebnissen überwältigend und schnell sein, um das Risiko einer weiteren Eskalation zu minimieren.¹⁴⁶ In der Logik dieses Forschungsstrangs können im Zusammenhang mit der Erwartung externer Unterstützung aufseiten der Minderheit Radikalisierungstendenzen entstehen. Bereits die Erwartung einer Intervention durch internationale Rivalen der Regierung kann also die Konfliktdauer verlängern, da sie die Kampfmoral der nichtstaatlichen Seite erhöht.¹⁴⁷ Als Beispiel führt Arman Grigoryan die jugoslawische Minderheit an, die Gewalt provoziert habe, um eine westliche Intervention wahrscheinlicher zu machen.¹⁴⁸ Ein interessanter und für diese Arbeit wichtiger Aspekt ist, dass bereits die Erwartung externer Unterstützung den tatsächlichen Konflikt und die Kampfhandlungen zu beeinflussen

¹⁴³ Vgl. zur R2P-Norm Kuperman (2008).

¹⁴⁴ Vgl. Cunningham (2010), S. 116.

¹⁴⁵ Vgl. Regan und Abouharb (2002), S. 44ff. Der Erfolg von Interventionen wird anhand der daran anschließenden Friedensdauer bemessen, wobei die als erforderlich gesetzte zeitliche Dauer variiert. Während Patrick Regan und Rodwan Abouharb eine Intervention als erfolgreich bezeichnen, wenn der Frieden danach mindestens sechs Monate andauert, sind bei Michael Doyle und Nicholas Sambanis zwei Jahre entscheidend, vgl. Regan und Abouharb (2002); Doyle und Sambanis (2000). Andere Ansätze bemessen den Erfolg stattdessen anhand des formulierten Ziels des Intervenierenden, vgl. Nalbandov (2009).

¹⁴⁶ Vgl. ebd., S. 1166.

¹⁴⁷ Vgl. Akcinaroglu und Radziszewski (2005), S. 349f., aber auch Grigoryan (2010), S. 1154; Crawford (2005); Kuperman (2004).

¹⁴⁸ Vgl. Grigoryan (2010), S. 1145f.

scheint.¹⁴⁹ Dieses Phänomen beschreibt das Moral Hazard-Modell, das ursprünglich den Wirtschaftswissenschaften entlehnt ist und in Bezug auf die Konfliktforschung zu der Aussage gelangt, dass die Aussichten der nichtstaatlichen Konfliktpartei auf eine humanitäre Intervention die Kosten einer Rebellion reduziert und deren Erfolgswahrscheinlichkeit erhöht.¹⁵⁰ Nichtstaatliche Gruppen sind bereit, anreizbezogene Risiken einzugehen, sofern Schutz vor eventuellen negativen Konsequenzen besteht oder dieser Schutz erwartet wird.¹⁵¹ Dieser Aspekt – also die Intention der Adressierung (vermeintlich) externer Akteure durch nichtstaatliche Konfliktparteien – wird für die anschließende nähere Bestimmung des Verhältnisses zwischen nichtstaatlichen Konfliktparteien und IOs berücksichtigt. Es wird angenommen, dass bereits die Erwartung einer kommunikativen Unterstützung durch IOs die Position der Minderheitengruppe stärkt und zu Inklusionsversuchen der Minderheit führt.

Und auch INGOs, wie Transparency International, Greenpeace, Amnesty International oder Human Rights Watch werden international immer bedeutender für das Konfliktmanagement.¹⁵² Die Vorteile von INGOs in der Konfliktbearbeitung liegen in ihrem inoffiziellen Status, ihrem Zugang zu marginalisierten Gruppen, der Akzeptanz ihrer Vermittlerrolle und ihrer Flexibilität in der Umsetzung innovativer Ansätze. Darüber hinaus können NGOs mit einer nichtstaatlichen Konfliktpartei verhandeln, ohne diese diplomatisch zu legitimieren.¹⁵³ NGOs und INGOs haben mittlerweile einen festen Platz in der Konfliktbearbeitung¹⁵⁴; allerdings müssen sie sich oftmals mit dem Vorwurf auseinandersetzen, in einem

¹⁴⁹ Durch das Eingreifen von externen Akteuren kann ein Konflikt verlängert werden, da neue Themen und Interessen in den Konflikt eintreten und je nach Unterstützung die Kampfstärke von einer der beiden Konfliktparteien steigen kann, vgl. Salehyan (2006), S. 20; Shirkey (2012). Balch-Lindsay et al. (2008) halten fest, dass Interventionen verschiedener Akteure auf beiden Seiten eines Konfliktes zu längeren Bürgerkriegen führen. Ähnlich haben auch Regan und Abouharb (2002) festgestellt, dass Konflikte mit Interventionen generell länger andauern, wenn diese ein militärisches Gleichgewicht zwischen den Konfliktparteien herstellen. Diesbezüglich räumen sie jedoch auch ein, dass Interventionen häufig in langanhaltenden Konflikten erfolgen und daher die kausale Wirkungskette nicht klar zu identifizieren ist, vgl. Regan und Abouharb (2002).

¹⁵⁰ Vgl. Kuperman (2008), S. 51.

¹⁵¹ Vgl. Crawford (2005), S. 178.

¹⁵² Die wachsende Durchlässigkeit nationalstaatlicher Grenzen eröffnet gerade für NGOs neue Handlungsmöglichkeiten. Vor allem seit den Weltkonferenzen der 1990er Jahre ist ein Bedeutungszuwachs von INGOs festzustellen, der sich nicht zuletzt darin äußert, dass sie in einigen UN-Unterorganisationen über einen vollen Mitgliedschaftsstatus verfügen.

¹⁵³ Vgl. Ward (2008), S. 238.

¹⁵⁴ So können Ward (2008) zufolge die Jesuitenpater als eine der ersten NGOs exemplarisch angeführt werden, die während des Dreißigjährigen Krieges Verwundete versorgten, vgl. Ward 2008, S. 221. Neben der Hilfe für von Konflikten betroffene Personen erfüllen NGOs heutzutage auch Frühwarnfunktionen, da sie aufgrund ihres Sitzes in einem Land oder einer Region über detaillierteres Wissen

asymmetrischen Konflikt bedingungslos die schwächere Seite zu unterstützen und etwaige Menschenrechtsverletzungen durch Minderheitengruppen tendenziell als Selbstverteidigung einzuordnen. Im Vergleich zu NGOs gelten IOs – aufgrund der Mitgliedschaft von Staaten – als einflussreichere Akteure. Sie verfügen darüber hinaus über unterschiedliche Instrumente, um auf Konflikte zu reagieren.

Die vorangegangene Darstellung hat deutlich gemacht, dass ein Großteil der Studien die IO als konfliktexternen Akteur konzipiert, der zwar vermittelnd agiert oder in den jeweiligen Konfliktkontext interveniert, aber sich dennoch eine gewisse Distanz zum Konflikt bewahren kann. Diese Annahme wird in der vorliegenden Arbeit angezweifelt, da nicht nur die IO „entscheidet“, ob sie in einen Konflikt eingebunden wird oder nicht. Vielmehr können die Konfliktparteien ebenfalls für ihre Inklusion sorgen, etwa, wenn auf ihre Rhetorik zurückgegriffen wird, um die eigene Position innerhalb des Konfliktes zu stärken, oder aber direkte Erwartungen über das Verhalten der IO formuliert werden, zu denen die IO Stellung beziehen muss. In der vorliegenden Arbeit steht diese Adressierung und Vereinnahmung von IOs durch innerstaatliche Konfliktparteien im Vordergrund. Das Ziel besteht darin, IOs als Teil der Konflikte zu konzipieren und nicht als externe Akteure, die nur punktuell auf den Konflikt einwirken. Der Anschlusspunkt für den Einbezug der IO in den Konflikt liegt darin, dass diese eben nicht völlig neutral, sondern durch ihre Gründungscharta normativ geprägt ist. Konfliktparteien können auf dieser Basis Erwartungen entwickeln und versuchen, die IO durch den kommunikativen Bezug auf ihre Normen in das Konfliktsystem zu inkludieren. Dadurch wird das bislang nicht ausreichend untersuchte Phänomen des Einbezugs von IOs durch Konfliktparteien analysiert und erklärt.

2.4 Forschungslücke

Die vorangegangenen Kapitel haben einen Überblick über die bestehende Forschung und die unterschiedlichen Annahmen zu innerstaatlichen bzw. ethnischen Konflikten gegeben. Es lassen sich drei zentrale Kritikpunkte bzw. Forschungslücken in den Ansätzen identifizieren, die maßgeblich den Blick für das Zusammenspiel zwischen globalen und innerstaatlichen Entwicklungen versperren. Folgende, in Bezug auf das vorliegende Forschungsinteresse relevante Punkte haben bislang eine tiefere Auseinandersetzung mit Strukturen zwischen lokaler/innerstaatlicher und globaler/organisationaler Ebene verhindert:

über die Dynamiken eines Konfliktes verfügen als staatliche Akteure. Zudem sind NGOs in Mediationsprozesse zwischen den Konfliktparteien eingebunden, wie beispielsweise Quaker-Gruppen, die International Crisis Group, International Alert, St. Egidio etc.

1. Methodologischer Nationalismus: Die Bedeutung von Globalisierungsprozessen für innerstaatliche Konflikte wird in der Konfliktforschung zwar durchaus in einigen Ansätzen berücksichtigt, allerdings dominiert auch hier die staatliche Perspektive auf die Analyse sozialer Prozesse.
2. Ambivalenz globaler Normen: Normen werden in der Konfliktforschung meist in Bezug auf staatliches Missverhalten und die Verurteilung durch die internationale Gemeinschaft untersucht. Dabei fehlt jedoch eine stärkere Auseinandersetzung mit der ambivalenten Wirkung von Normen und ihren Rückwirkungen auf innerstaatliche Konflikte.
3. Externalisierung politischer Akteure: In der Konfliktforschung werden IOs als externe (und meist neutrale) Akteure konzipiert, sodass direkte Strukturen zwischen Konfliktparteien und IOs nicht berücksichtigt werden (können).

Während neuere Ansätze beginnen, Globalisierungsprozesse systematisch einzubinden, führt die weit verbreitete Perspektive des methodologischen Nationalismus dazu, eben auch Globalisierungsprozesse aus einer staatlichen Perspektive heraus zu beleuchten. Staaten werden als zentrale Analysekategorien gesetzt, von denen andere Akteure abzugrenzen sind (nichtstaatliche Konfliktparteien, NGOs etc.), Konfliktsituationen beurteilt und eingeordnet werden (territorial, religiös, ethnisch etc.), die Intervention von Dritten abhängt (Stärke und Souveränität des Staates) oder über deren Involvierung die Definition von Konflikten als innerstaatlich oder internationalisiert bestimmt wird. Die Transnationalismusforschung, die Anfang der 2000er Jahre substaatliche Strukturbildungsprozesse zwischen nichtstaatlichen Gruppen in den Mittelpunkt gerückt hat, bildet hier eine Ausnahme. Sie hat durch die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen nichtstaatlicher Konfliktpartei und Diaspora wichtige Erkenntnisse über substaatliche Strukturprozesse hervorgebracht und so die Beobachtungsperspektive auf Konflikte erweitert. Insgesamt wird jedoch das Zusammenspiel zwischen weltpolitischem System und innerstaatlichen Konflikten zu wenig in die Analysen einbezogen. Da in der Forschung meist Prozesse auf gleicher Ebene untersucht werden, bleiben solche Strukturen unberücksichtigt, die sich zwischen nichtstaatlichen Akteuren und IOs aufbauen. Es wird angenommen, dass diese Strukturen innerstaatliche Konflikte maßgeblich prägen und in der Forschung stärker fokussiert werden sollten. Daher wird in der vorliegenden Arbeit mit einem weltgesellschaftstheoretischen Ansatz eine Überwindung des methodologischen Nationalismus angestrebt. Dies bedeutet in der Konsequenz nicht, der Staat sei in der Analyse von Konflikten irrelevant geworden, sondern lediglich, dass dieser als ein Akteur neben vielen anderen gleichberechtigt untersucht wird und nicht automatisch den Analyserahmen vorstrukturiert. Der Fokus auf staatliche Faktoren wird in den Studien zu kulturellen

Globalisierungsprozessen, und im Speziellen in der Forschung zu Menschenrechten, ebenfalls kaum überwunden. Die Studien analysieren, inwiefern Staaten auf die weltweite Verbreitung der Menschenrechte reagieren und ihr tatsächliches Verhalten daran anpassen. Auch wenn konstatiert wird, dass die weltweite Verbreitung nicht überall zu einer Verbesserung des Menschenrechtsschutzes beigetragen hat, wird kulturellen Globalisierungsprozessen die Tendenz zur Angleichung von Werten und Normen zugesprochen. Diese unterstellte sozialisierende Wirkung auf Staaten kann zwar auch nur vordergründig bestehen, dennoch beachten nur einige wenige Studien das aus der Ungleichzeitigkeit der normativen Verbreitung globaler Werte auf der einen und deren tatsächlicher Implementierung und Durchsetzung auf der anderen Seite resultierende Konflikt- bzw. Mobilisierungspotential. Die Tatsache, dass gerade westliche Staaten und Organisationen in ihrer Rhetorik immer wieder auf die Bedeutung der Einhaltung der Menschenrechte verweisen und diese in der Vergangenheit auch gegen die Souveränität von Staaten durchgesetzt haben, plus die Anschlussfähigkeit an eben solche Rhetorik durch moderne Kommunikationsmittel erlauben die Annahme, dass sich auch Konfliktsituationen in diesem Lichte verändert haben. Dieser Aspekt wird in der vorliegenden Arbeit unter Berücksichtigung der bereits bestehenden Forschung weiter ausgeführt und spezifiziert. Im Fokus steht dabei die Diskrepanz von diskursiver Verbreitung von Menschen- und Minderheitenrechten durch IOs und fehlender Durchsetzung in diversen Rechtssystemen als Katalysator für die Adressierung von IOs durch von Exklusionen betroffene Konfliktparteien.

Menschenrechten kommt eine strukturierende Funktion innerhalb der Weltgesellschaft zu, da sie Inklusions- und Exklusionsprozesse symbolisch ordnen. Die weltgesellschaftstheoretische Perspektive ermöglicht es, anhand verschiedener Sinndimensionen die Deutungsmuster und Deutungs Offenheit einer bestimmten Konfliktsituation zu rekapitulieren und theoretisch einzuordnen. Grundsätzlich wird es dadurch möglich, die sozial sowohl integrative als auch exkludierende Eigenschaft der Menschenrechte zu untersuchen und gleichzeitig zu reflektieren. Dies ergibt sich maßgeblich aus der differenztheoretischen Logik systemtheoretischer Ansätze, die gewissermaßen das „Innen“ und „Außen“ einer Unterscheidung integriert.

Die Darstellung des Forschungsstandes hat weiterhin deutlich gemacht, dass die Beziehungsstruktur zwischen IOs und Konfliktparteien *außerhalb* von Mediations- und Interventionsprozessen kaum berücksichtigt wird. Dritte Parteien werden oftmals als externe und neutrale Parteien in Bezug auf Konflikte eingeordnet. Unbeachtet bleiben in diesem Zusammenhang Situationen, in denen sich IOs nicht als Mediatoren oder Intervenierende positionieren, aber dennoch zum Teil des Konfliktes werden und diesen verändern – und zwar, indem sie durch die Konfliktparteien kommunikativ inkludiert werden. Empirisch ist in einer Vielzahl von

Fällen zu beobachten, dass sich in Konfliktsituationen nicht nur lokale bzw. nationale Strukturen wandeln, sondern Konfliktparteien auch zum Strukturaufbau auf globaler Ebene beitragen oder von Strukturveränderungen auf weltpolitischer Ebene beeinflusst werden (durch die Herausbildung neuer Akteure, konkurrierender Normen etc.).

Durch diesen Strukturaufbau kann nicht (mehr) sinnvoll von einem „Außen“ der Organisation in Konfliktsituationen gesprochen werden. Nun ist der Einfluss von externen Akteuren auf innerstaatliche Konfliktsituationen grundsätzlich kein neues Phänomen und nicht erst mit der Beschreibung der „neuen Kriege“¹⁵⁵ relevant geworden.¹⁵⁶ In fast jedem Konflikt spielen „externe“ Akteure eine Rolle und auch die Ursachen und Folgen von Konflikten weisen eine globale Komponente auf, sodass es eines Ansatzes bedarf, der die Integration von weiteren Themen und Organisationen in den Konflikt systematisch erfassen kann. IOs sind neben den staatlichen Regierungen zu Zentren im weltpolitischen System avanciert, an die Protest und Informationen über Menschenrechtsverletzungen adressiert werden können. Diese Tatsache gilt es viel stärker in das Verständnis von Konflikten einfließen zu lassen, um mögliche Entgrenzungsprozesse und Auswirkungen auf vermeintlich innerstaatliche Konflikte erfassen zu können.

Diese globalen Aspekte sind bislang lediglich marginal untersucht worden, und es wird in der vorliegenden Arbeit davon ausgegangen, dass eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang zwischen nichtstaatlichen Gruppen und IOs neue Erkenntnisse über die Entgrenzung innerstaatlicher Konflikte generieren wird. Konflikte werden als (kommunikativ) entgrenzte Konflikte in der Weltgesellschaft verstanden, die nicht nur weltgesellschaftlich beobachtbar sind, sondern auch zu weltgesellschaftlicher Strukturbildung beitragen. Das Ziel besteht darin, dieses bislang relativ unbeachtete Phänomen gesellschaftstheoretisch einzuordnen und zu erklären.

¹⁵⁵ Vgl. Münkler (2002).

¹⁵⁶ Vgl. Schlichte (2002), S. 129.

Entgrenzte Konflikte in der Weltgesellschaft
Zur Inklusion internationaler Organisationen in
innerstaatliche Konfliktsysteme

Sienknecht, M.

2018, XVIII, 262 S. 7 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-19719-3